

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

65 (26.2.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 36. öffentliche
Sitzung

Karlsruher Zeitung.

N. 65.

Wittwoch, 26. Februar

1908.

Badischer Landtag.

== Zweite Kammer. ==

36. öffentliche Sitzung

am Montag den 24. Februar 1908.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Beratung des mündlichen Berichts der Wahlprüfungskommission über die Ersatzwahl im 13. Wahlkreis (Schopfheim-Schönau).

2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel I bis VII, IX bis XI, XX und XXI, Einnahme Titel I, II und X — Drucksache Nr. 12 — Berichterstatter: Abg. Kopf (Fortsetzung), und damit in Verbindung, und zwar bei Beratung von Titel IX:

1. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abg. Vanschbach und Gen., betr. die Warenhaussteuer — Drucksache Nr. 34 —

II. Beratung der mündlichen Berichte der Budgetkommission über

a. die Petition des gemeinnützigen Vereins Jungbusch-Redarpspize in Raunheim, Errichtung eines Spielplatzes für den Stadtteil Jungbusch betr.,
b. die Petition der Gemeinden des Deggenhauser Tales um Gewährung eines Staatsbeitrages zu den Kosten der Nachkorrektur vom Jahr 1906. Berichterstatter: Abg. Kopf.

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums des Innern Wirtl. Geh. Rat Frhr. von und zu Bodman, Ministerialdirektor Geh. Oberregierungsrat Weingärtner, die Ministerialräte Dr. Krnsberger und Schäfer.

Präsident Fehrenbach eröffnet um 3/5 Uhr nachmittags die Sitzung.

Es werden folgende Einläufe angezeigt:

1. Petitionen:

1. von 11 weiteren Gemeinderäten des Landes um Abänderung einiger Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes;

2. a. der zurbelegten Staatsbeamten der Gehaltsklassen D, E und F in Freiburg,
b. des badischen Amtsrevidentenvereins,
c. des Verbands badischer Zoll- und Reichssteuerbeamten,
d. des Vereins badischer Eisenbahnbeamten, E. B.,
e. des Verbands badischer Eisenbahnbeamten- und Arbeitervereine,
für neuen Gehaltsordnung;

3. des badischen Stenographenbundes Stolze-Schrey, die Förderung des stenographischen Unterrichts an den badischen Mittelschulen betreffend;

4. der Gemeinde Aufen, Amt Donaueschingen, um Errichtung einer Eisenbahnstation;

5. des Gemeinderats Hochenheim um Errichtung einer Haltestelle am Bahnübergang der Kollmarstraße (übergeben vom Abg. Fhrig);

6. des zurbelegten Grenzaufsehers Wilhelm Schindler in Schaffhausen um Wiederverwendung oder höheren Ruhegehalt.

Ziffer 1 und 6 werden der Petitionskommission, Ziffer 2 der Kommission für die Beamtenvorlagen, Ziffer 3 der Budgetkommission, Ziffer 4 und 5 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesen.

II. Schreiben des Ministeriums der Finanzen mit 100 Abdrücken der von der Großh. Steuerdirektion herausgegebenen Druckschrift „Die Ergebnisse der im Jahr 1907 vollzogenen Veranlagung zur Vermögenssteuer“.

III. Einladung des Vorstandes des badischen Architekten- und Ingenieurvereins zu dem am Freitag den 28. d. M., abends 8 1/4 Uhr, im großen Auditorium des Chemischen Instituts der Technischen Hochschule stattfindenden Vortrag des Professors Rehbod über das Thema „Wirtschaftlicher und technischer Vergleich der vorliegenden Projekte über die Ausnutzung der Wasserkräfte der oberen Murg“.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort

Abg. Geck (Soz.): In der 24. öffentlichen Sitzung der Kammer vom 3. Februar d. J. erzählte ich eine Episode aus der Zeit meiner Tätigkeit als Herausgeber des sozialistischen Blattes „Volksfreund“ in Offenburg. Sie betrifft die Einladung des damaligen Herrn Staatsanwalts Dr. Zolly behufs einer Information über sein strafrechtliches Vorgehen gegen den „Volksfreund“.

In der 26. Sitzung vom 5. Februar erklärte sodann vor Eintritt in die Tagesordnung der Herr Staatsminister und Minister der Justiz Dr. Freiherr von Dusch, nach Einsichtnahme der Akten, daß in denselben eine Korrespondenz mit Preußen nicht festzustellen ist, und daß in einem bestimmten Falle aus dem Jahre 1893, nämlich in einer Anklage auf Grund des § 131 St.G.B., gegen deren Erhebung Staatsanwalt Dr. Zolly Bedenken äußerte, die Oberstaatsanwaltschaft die Klageerhebung anordnete ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß die Hamburger Behörde

jene Broschüre, deren grabierenden Inhalt sich der „Volkshund“ teilweise angeeignet hatte, nicht verfolgte. Ein Einfluß preussischer Behörden auf irgend eine Klageerhebung des Staatsanwalts Jolly habe nicht stattgefunden; es liege also aller Grund vor, meine, in gutem Glauben gemachte Darstellung mit Vorsicht aufzunehmen.

Infolge meiner Anwesenheit im Reichstage vermochte ich dem Herrn Staatsminister Frhrn. v. Dusch nicht sofort zu antworten. Seit ich nachträglich in der Kammer amwesend bin, hatte der hochgeehrte Herr Minister nicht wieder am Regierungstisch Platz genommen. Es gingen unterdessen von anderer Seite in dieser Angelegenheit Rundgebungen durch die Tagespresse; in der „Badischen Landeszeitung“, Nr. 60, ist sogar eine mir feindselige nationalliberale Korrespondenz aus Offenburg mit Behauptung von Unwahrheiten gegen mich vorgegangen. Auch der Bruder des verstorbenen Herrn Staatsanwaltes Dr. Jolly, der jetzige Großh. Amtsvorstand Jolly in Pforzheim, glaubte ein übriges tun zu müssen, indem er meine Erzählung als eine Art Phantasiegebilde hinstellen möchte.

Kunmehr hielt ich es, nachdem auch ich einige Aktenstücke eingesehen habe, für angezeigt, mit einer Erwiderung nicht länger zu warten. Die Güte des Herrn Präsidenten ermöglicht mir, heute folgende Erklärung abzugeben:

In meinen in der 24. Sitzung der Zweiten Kammer gemachten Ausführungen halte ich fest; der Vorgang hafet mir getreu im Gedächtnis, und seine Richtigkeit wird von einer Tatsache unterstützt ergänzt, welche seit zwei Jahren veröffentlicht und weder von der Regierung noch von Herrn Geh. Regierungsrat Jolly-Pforzheim bestritten worden ist; sie kann heute noch durch den Zeugen bestätigt werden.

In der Jubiläumsnummer des „Volkshund“-Karlsruhe (Nr. 88 vom 14. April 1906) veröffentlicht Herr Otto Zielowski-Frankfurt, Stadtverordneter daselbst, früher Redakteur des „Volkshund“, einige Offenburgereinnerungen aus seinem offiziellen Verkehr mit Herrn Staatsanwalt Dr. Jolly in Offenburg. Darin wird etwa erzählt:

Als der Termin der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht Offenburg angesetzt war, besuchte eines Abends in der Dunkelheit Herr Staatsanwalt Dr. Jolly den Redakteur Zielowski in seiner Redaktionsstube und machte diesem privatim vertrauliche Mitteilungen darüber, wie man dem Eröffnungsbeschluss des Landgerichtes gegenüber diesem von der Eisenbahndirektion Straßburg angestrengten Kriminalprozeß gegen Redakteur Zielowski eine dem letzteren günstige Wendung geben kann.

Dieser Vorgang liegt zeitlich hinter meiner Unterredung mit dem Herrn Staatsanwalt in dessen Privatwohnung.

Was nun die von Herrn Staatsminister Frhr. v. Dusch erwähnte Anklage gegen mich auf Grund des § 131 des Strafgesetzbuches betrifft, so wurde sie in der Schwurgerichtsverhandlung vom 3. Juli 1893 durch Freisprechung beendet. Am 5. Juli wurde ich in einer anderen Anklage vor dem Schwurgerichte ebenfalls freigesprochen. In beiden Fällen hatte Herr Staatsanwalt Dr. Jolly die Vertretung der Anklage einem Herrn Kollegen überlassen, aus Gründen, die ich genau zu kennen glaube und die ich auch verstehe.

Meine Mitteilung in der 24. Sitzung vom 3. Februar irrt, wie der Herr Staatsminister v. Dusch feststellte, in einem, übrigens unwesentlichen, Punkte: Es dauerte vom Jahre 1893 bis zum Eintritt des Herrn Dr. Jolly in die Redaktion der „Allgemeinen Zeitung“ länger als einige Monate, nämlich nahezu drei Jahre. Uebrigens gab mir die spätere Tätigkeit des Herrn Staatsanwaltes

Dr. Jolly in Karlsruhe sowohl als Beamter wie als Politiker Gelegenheit, mich oft an jenes Stündchen zu erinnern, wo er sich mir außerordentlich als ein herzenguter Mensch, ein gerechter Beamter und edel denkender politischer Gegner offenbarte. Und nur in diesem Sinne rief ich ihn hier zum Zeugen dafür an, daß der Staat als politischer Großinquisitor an der Intelligenz und Charakterstärke seiner Beamten einen Widerpart findet.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Ziffer 1 derselben berichtet namens der Wahlprüfungskommission Abg. Dr. Wilkens (natl.) über die Ersatzwahl im 13. Wahlkreis Schopfheim-Schönau, gewählt Abg. Ries (natl.) an Stelle des verstorbenen Abg. Dr. Weigoldt (natl.).

Dem Kommissionsantrag entsprechend wird die Wahl für unbeanstandet erklärt.

Zu Ziffer 2 der Tagesordnung, und zwar in Fortsetzung der allgemeinen Beratung über das Budget des Ministeriums des Innern, erhalten das Wort:

Abg. Reiff (kons.): Es ist mir vonseiten einiger Landwirte meines Bezirkes der Wunsch geäußert worden, man möge die Beiträge für die landwirtschaftliche Unfallversicherung gerade so einziehen wie die Steuer, nämlich nicht auf einmal, sondern vierteljährlich. Ich glaube diesen Wunsch der Großh. Regierung empfehlen zu können und zwar einmal deshalb, weil jene Beiträge sich wesentlich erhöht haben, und dann auch deshalb, weil sie in der Regel gerade in einer Zeit erhoben werden, in der der Landwirt am allerwenigsten Geld zur Verfügung hat.

Sodann möchte ich noch einige kurze Worte zur Sonntagsruhe reden. Wir sind dafür, daß die Sonntagsruhe immer noch besser eingehalten werden soll, als dies bisher geschieht. Es ist von einer Seite auf England hingewiesen worden, das trotz, oder ich möchte sagen, gerade wegen seiner strengen Sonntagsruhe heute eine blühende und große Industrie besitzt. Soviel ich schon von der englischen Sonntagsruhe und vom englischen Sonntag gehört habe, hat England diesen großen Erfolg nicht sowohl der Sonntagsruhe, als der Sonntagsheiligung zu verdanken, und deshalb glaube ich, wäre es gut, wenn auch bei uns etwas mehr auf Sonntagsheiligung gehalten würde. Der eigentliche Wert der Sonntagsruhe liegt doch eigentlich darin, daß der Sonntag wirklich auch geheiligt wird.

Von dem Herrn Abg. Dr. Binz wurden auch die Gemeinde- und Sparkassenrechnungen und die Revision derselben erwähnt. Er hat gesagt, daß die Arbeit der Revisionsbeamten oft eine recht undankbare wäre. Er hat aber auch weiter gemeint, die Kontrolle oder die Aufsicht könne gar nicht streng genug gehandhabt werden. Die Arbeit dieser Beamten ist allerdings eine undankbare, aber doch wohl nur dann, wenn der Revisionsbeamte seine Aufgabe nicht richtig erfüllt oder nicht richtig erfüllt; der Beamte kann nach meiner Ansicht tüchtig, streng und korrekt sein, ohne daß er deshalb zu weit zu gehen braucht. Ich bin ja auch der Ansicht, daß eine korrekte und strenge Prüfung und Kontrolle der Sparkassenrechner und der Gemeinberechnen sehr im Interesse der Betreffenden selber liegt; allein ich bin auch der Ansicht, daß man auch hier übertrieben sein, daß man auch hier zu weit gehen kann. Die Rechner sind doch auch Menschen. Weil einige Rechner sich in früheren Zeiten Unterschlagungen haben zu Schulden kommen lassen, wurde eine große Menge von Erlässen

und Verfügungen hinausgegeben, die nach meiner Ansicht zum Teil doch etwas zu weit gingen. Wenn der Revisionsbeamte, um alle diese Vorschriften zu befolgen, zur Prüfung einer Sparkasse, die vielleicht kaum anderthalb Millionen Einlagen hat, drei bis vier Wochen braucht, und das Kassenlokal stets belegt hält, so ist das doch nicht nur für den Beamten, sondern auch für das Publikum sehr unangenehm, insbesondere wenn es z. B. im Januar geschieht, wo der Rechner besonders viel Arbeit hat.

Ich bin schon seit dem Jahre 1880, also beinahe 28 Jahre lang, Sparkassenrechner und habe in diesen Jahren manche Erfahrungen gemacht. Früher war es ganz anders: Ich war früher gewohnt, in dem Revisionsbeamten einen guten Freund zu erblicken, an den man sich vertrauensvoll mit jeder Angelegenheit gewendet hat, und der auch jederzeit bereit gewesen ist, dem Rechner mit Rat und Tat entgegenzukommen. Heute ist dies in vielen Beziehungen ganz anders; die jungen Revisionsbeamten glauben in jedem Rechner einen Spitzbuben oder wenigstens einen Menschen, der ihnen hinreichend verdächtig erscheint, erblicken zu müssen und ihn auch dementsprechend behandeln zu dürfen. Um zu zeigen, wie einzelnen Rechnern manchmal geholfen wird, will ich nur ein Beispiel anführen. Mir ist einmal (ich glaube, vor zwei Jahren war es) nicht bei einem Monats- oder Jahresabschluss sondern bei der Entzifferung der Vermögenszunahme vorgekommen, daß sich eine Differenz von 40 Pfennig ergab. Ich gab mir selbstverständlich alle Mühe, diese Differenz aufzuklären, allein es gelang mir nicht. Es fiel mir nun ein, daß mir im Jahre vorher der Revisionsbeamte gesagt hatte, es schein ihm, daß mir die Entzifferung der Vermögenszunahme große Schwierigkeiten bereite, ich solle deshalb, wenn ich im nächsten Jahre nicht leicht fertig werde, einfach zu ihm kommen, er werde in einer halben Stunde damit fertig. Ich sandte daher die Rechnung ans Bezirksamt, aber sie kam nach zwei oder drei Tagen mit der Bemerkung zurück: Der Rechner habe seine Rechnung vollständig fertig zu stellen und wieder vorzulegen. Ich ging nun nochmals daran, den Fehler zu suchen; allein es gelang mir wieder nicht. Darauf brachte ich die Rechnung selber dem Herrn Revisionsbeamten und ersuchte ihn, er möchte mir doch in dieser Angelegenheit helfen, ich erinnerte ihn an sein Versprechen. Der Herr wollte sich aber nicht mehr an sein Versprechen erinnern und sagte mir: „Nach der Bestimmung von § 30 und so viel haben Sie die Rechnung fix und fertig vorzulegen!“ Nun wußte ich allerdings, wie ich daran war. Ich packte meine Rechnung zusammen und brachte sie einem anderen Revisionsbeamten. Dieser war auch so freundlich und half. Ich mußte allerdings 10 M. zahlen, aber ich war dem Herrn trotzdem sehr dankbar, daß er mich aus meiner Not erlöste.

Ich bin nun der Ansicht, daß, wenn es unbedingt notwendig war, diese Differenz von 40 Pfennig (die die Kasse selbst gar nicht berührt) aufzuklären, dies bei den hohen Revisionskosten auch seitens des Revisionsbeamten hätte gesehen werden können.

Eine gewisse Härte oder vielmehr eine Ungerechtheit finde ich auch in der Gesetzesbestimmung, daß, wenn beim Monatsabschluss sich ein Fehlbetrag vorfindet, der Rechner denselben alsbald ersehen muß, daß dagegen, wenn sich einmal ein Mehrbetrag vorfindet (was ja sehr selten vorkommt), dieser der Kasse in Einnahme zu stellen ist, und daß ihn der Rechner nicht zurückbekommt, wenn er nicht nachweisen kann, woher er rührt. Es ist ja richtig, daß der Rechner einen Fehlbetrag zu ersehen hat, aber, wenn ein Ueberschuß sich ergibt und man kann annehmen, derselbe komme schließlich vom Rechner selber her,

er sei durch ihn beim Umwecheln u. verursacht worden, so sollte man dem Rechner diese Ueberschüsse beim Jahresabschluss wieder zurückgeben, ohne daß er einen genauen Nachweis erbringt; denn der Kasse kann doch das Geld auch nicht gehören.

Die Regierung legt, wie es scheint, großen Wert darauf, daß Kapitalien auf Annuitäten ausgeliehen werden. Ich glaube das nach meiner Erfahrung wohl als sehr praktisch und gut bezeichnen zu können, aber nur für solche Leute, die jedes Jahr mit gewissen bestimmten Einnahmen rechnen können. Bei den Landwirten sind aber oft die Einnahmen sehr ungewiß, und auch bei andern Leuten ist das nicht selten der Fall, sodaß sie durch die Annuitäten oft in große Verlegenheit kommen. Es ist mir tatsächlich bei unserer Kasse noch nicht vorgekommen, daß Leute Kapitalien auf Annuitäten anzulegen gesucht haben, aber es kam mir schon vor, daß Kapitalaufnahmen gemacht wurden, um solche Annuitäten damit abzutragen. Viel besser wäre es wohl, wenn darauf hingewirkt würde, daß die Kassen sich bereit erklären, kleinere Abzahlungen, auch die kleinsten, jederzeit entgegenzunehmen, selbst dann, wenn vielleicht einmal nicht rechtzeitig gekündigt worden ist. Dadurch würde mancher Schuldner seine Schuld in kürzerer Zeit abtragen können.

Mit großer Befriedigung habe ich aus dem diesjährigen Budget ersehen, daß wieder reichliche Mittel zur Unterstützung von wohltätigen Anstalten eingestellt worden sind. Ich glaube der Zustimmung des ganzen Hauses sicher zu sein, wenn ich der Regierung hierfür meinen wärmsten Dank ausspreche. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch auf eine solche Anstalt hinweisen, die sich gegenwärtig in sehr schwieriger finanzieller Lage befindet und die eine wenigstens zeitweise staatliche Unterstützung sehr nötig hätte. Es ist dies das Waisen- und Rettungshaus „Hardthaus“ bei Neureuth. Die Anstalt wurde im Jahre 1851 von Freunden der innern Mission ins Leben gerufen und wirkt nun schon seit bald 60 Jahren. Ihre Bestimmung ist die religiös-sittliche Erziehung verwahrloster oder der Verwahrlosung preisgegebener Kinder. Es werden aber auch Waisen und Zwangszöglinge aufgenommen, auch Kinder anderer Konfessionen können Aufnahme finden. Die Anstalt unterhält eine eigene Schule, zwei Lehrer, einschließlich des Hausvaters, und zwei Arbeitslehrerinnen. Die etwa 70 Kinder, 35 Knaben und 35 Mädchen, erhalten neben der Unterweisung in allerlei Handarbeiten auch Unterricht in landwirtschaftlicher und häuslicher Tätigkeit. Wohl schon über 1000 Kinder sind in diesen bald 60 Jahren durch diese Anstalt gegangen, und ich kann sagen, daß die allermeisten derselben geachtete Bürger und brauchbare Menschen wurden.

Die Anstalt wird im wesentlichen durch milde Gaben meist kleiner Leute unterhalten. Mit Gottes Hilfe und durch äußerste Sparsamkeit ist es ihr bis jetzt möglich gewesen, sich durchzubringen, ohne daß staatliche Hilfe in Anspruch genommen wurde. Allein infolge der im letzten Jahre allenthalben eingetretenen Preissteigerung für die Mittel zum Unterhalt des auf etwa 90 Köpfe sich belauenden Personalstandes und auch infolge von nötig werdenden baulichen Veränderungen und sonstigen der Jetztzeit entsprechenden Anschaffungen ist das Grundstockvermögen der Anstalt derart aufgebraucht worden, daß die Anstalt in ihrer Existenz bedroht ist.

Die Anstalt sieht sich nun genötigt, entweder ihre Wirksamkeit zu beschränken, vielleicht auch die Schule aufzugeben, oder sich behufs Regulierung ihrer finanziellen Lage nach anderweitiger Hilfe umzusehen. Sie hat sich nun kürzlich unter ausführlicher Darlegung ihrer Verhältnisse an die Regierung gewendet. Es ist deshalb wohl nicht notwendig, daß ich hier darauf noch näher eingehe.

Durch die Gnade des Großherzogs ist der Anstalt in letzter Zeit eine einmalige Zuzahlung von 1500 M. geworden, und ich freue mich, heute der Regierung im Namen der Anstalt den verbindlichsten Dank dafür auszusprechen zu dürfen. Allein so dankenswert diese Gabe auch für die Anstalt ist, so reicht sie eben doch nicht hin, um die Tätigkeit der Anstalt für die Zukunft oder auch nur für die nächste Zeit sicher zu stellen. Es bedarf dazu mindestens für die nächsten Jahre noch eines jährlichen Staatsbeitrages. Die Anstalt hat ja seit ihrem Bestehen dem Staate auch schon wesentliche Dienste geleistet, ohne daß sie dafür Lohn oder Dank verlangt hat. Sie hat lediglich nach dem Wort des Herrn gehandelt: „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“, oder: „Wer sich eines dieser Geringsten annimmt, der nimmt sich meiner an“. Es liegt im eigenen Interesse des Staates, daß diese Anstalt leistungsfähig erhalten bleibt. Wenn die Anstalt ihre eigene Schule aufgeben oder ihre Tätigkeit sonst irgendwie einschränken würde, so würden dadurch für den Staat doch weit größere Kosten entstehen, als dies jetzt der Fall ist. Ich möchte deshalb die bringende Bitte aussprechen, vielleicht noch im Nachtragsetat das Hardthaus mit einer jährlichen entsprechenden Beihilfe zu bedenken, und glaube, in dieser guten Sache auf ein freundliches Entgegenkommen der Regierung rechnen zu dürfen. Es wäre die Abtragung einer Dankeschuld für dem Staate bisher geleistete Dienste.

Ich möchte diese Angelegenheit nicht verlassen, ohne zum Schluß noch eines besonderen Umstandes zu gedenken: Seit Bestehen des Hardthauses, also seit 57 Jahren, ist es ein und derselbe Hausvater, der dieser Anstalt vorsteht, nämlich der Inspektor Mayer. Dieser nun bald 85jährige ehrwürdige Greis trägt noch heute die schwere Bürde seines Amtes mit großer Freudigkeit, seltener Frische und idealer Selbstaufopferung. Was dieser Mann in seinem langen segensreichen Leben in aller Stille gewirkt hat, ist wahrlich wert, auch hier in diesem Hause dankbar erwähnt zu werden.

Abg. Geß (Soz.): In der Donnerstagsitzung hat der Herr Präsident des Ministeriums des Innern es für notwendig gehalten, noch einmal so eine Art Sufarenritt in das sozialdemokratische Lager zu machen und in Erwiderung auf einige Ausführungen meiner Parteigenossen in diesem Hause uns wieder hinzustellen als eine Partei, die, wenn sie auch im allgemeinen die Gleichberechtigung in diesem Hause genießen muß, denn doch in theoretischer Weise nicht verdient, homogen mit den anderen politischen Parteien im badischen Land behandelt zu werden. Der Herr Präsident des Ministeriums des Innern ist sogar so weit gegangen, im Anschluß an das Wahlergebnis von Schopfheim-Schönau, das wir vorhin gutgeheißen haben, wiederholt zu betonen, daß er (vielleicht auch das Groß. Ministerium oder wer noch dahinter maßgebend sein kann) es wohl billigt, wenn von der sozialdemokratischen Partei ein Nationalliberaler gewählt wird. Er hat jedoch mit erhobenem Finger zu den Nationalliberalen hinüberwinkend erklärt: Es möge aber den bürgerlichen Parteien ja nicht einfallen, künftighin ein derartiges taktisches Verhältnis wieder herzustellen, daß auch Sozialdemokraten im Wahlkampf direkt von der bürgerlichen Seite unterstützt werden. Ich meine, wir hätten in den hinter uns liegenden Auseinandersetzungen diese recht präferable Haltung vom Ministerisch nun zur Genüge zurückgewiesen, und es wäre in diesem Stadium unserer Beratungen überflüssig gewesen, noch einmal den Versuch zu machen, so eine Art platonischen Imperativ von der Ministerbank hinaus in das Land für künftige Wahlen zu schicken. Wie die Dinge sich im nächsten Jahre gestalten werden, darüber

reden wir dann, wenn die Not an den Mann herantreten wird.

Der Herr Präsident des Ministeriums führte zwei Gesichtspunkte an, die seiner schweren Anklage gegen uns die Flügel leihen. Er hat uns wiederum den Republikanismus im sozialistischen Lager mit Flamenschrift vorgezaubert, und weiter einen Griff getan in unser theoretisches Fundament, in das Erfurter Programm, und hat als Kenner dieses Programms, als einer, der es wohl bedacht und mit Ueberlegung studiert und genossen hat, erklärt, die Sozialdemokratie sei schon deswegen zu bekämpfen, weil sie ja als revolutionäre Partei so weit in die Existenzbedingungen des Menschen hineingreift, daß sie sogar das Privateigentum abschaffen will.

Was die letzteren Ausführungen anbelangt, so war ich von vornherein davon überzeugt, daß dem Herrn Präsidenten des Ministeriums des Innern ein Lapsus passiert sein muß, daß er unmöglich der Ueberzeugung sein kann, er hätte in irgend einer dokumentarischen Niederlegung unserer programmatischen Forderungen das gefundene was er uns hier als wissenschaftliche Tatsache vorgebracht hat. Ich war deswegen bemüht, noch einmal vom Alpha bis zum Omega meinen Kautsky durchzustudieren, auf dessen interpretatorische Autorität der Herr Vertreter der Groß. Regierung sich berufen hat. Ich muß leider gestehen, ich fand nicht, was er darin finden wollte. Ich bin begierig, welche Ausgabe des Erfurter Programms dem Herrn Präsidenten des Ministeriums vorgelegen hat. Ich habe die Ausgabe von 1892 hier, und ich finde auf Seite 104 den 5. Absatz des Frankfurter Programms aufgeführt, der von der Umwandlung der Produktionsmittel des Privateigentums in gesellschaftliche Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonische Vervollkommnung werden. Das ist der Niederschlag unserer programmatischen Bestrebungen und im ganzen Kommentar, den unser Theoretiker Kautsky dazu gibt, finden Sie nicht eine abweichende Andeutung davon, die dahin ginge, daß der Sozialismus auch das Privateigentum der Einzelnen konfiszieren, verstaatlichen, in gesellschaftlichen Gebrauch stellen will. Es zeigt Kautsky im Verlauf seiner Ausführungen, daß es in unserem freiem Ermessen gar nicht liegen kann, welche Eigentumsordnung wir an die Stelle der bestehenden setzen wollen; es steht uns gar nicht frei, was wir vom vorhandenen beibehalten und was wir über Bord werfen können. Es wird dann ferner auf Seite 112 gezeigt, daß das gesellschaftliche Eigentum an Stelle des Privateigentums in der Produktion gemäß der ökonomischen Entwicklung auch von anderen Parteien erstrebt wird. Er führt den Liberalismus, den Staatssozialismus und den Anarchismus an, u. zeigt den grundsätzlichen Unterschied der Anschauungen des Sozialismus diesen gegenüber. Die Umgestaltung des Staates als kapitalistischer Unternehmer in eine sozialistische Gesellschaft kann und wird dann eintreten, wenn die arbeitende Klasse mit dem Besitz der politischen Macht ausgestattet ist und den Staat in eine, im wesent-

lichen sich selbst genügende Wirtschaftsgenossenschaft verwandelt hat. Die Bildung dieser neuen Genossenschaftsform wird etwas Unvermeidliches werden. Ein Beharren in der kapitalistischen Zivilisation ist fernerhin unmöglich. Es heißt, entweder vorwärts zum Sozialismus oder rückwärts in die Barbarei. Die Genossenschaftsform aber, wie sie endgültig sich herauskristallisieren wird, läßt sich im gegenwärtigen Stadium von keinem Philosophen, keinem Politiker und von keinem Propheten festlegen, sie ist eine Sache der historischen Entwicklung. Man darf sich die Sache nicht so vorstellen wie bei einem Architekten, der heutzutage sein Haus baut nach einem bestimmten Plan, und es mit allen seinen Einzelheiten gewissermaßen schon zum Voraus zu Papier gebracht hat. Die Richtung ist vorgezeichnet, die sozialpolitische Wegbahnung ist geistig uns gegeben, aber die Entwicklung, die Herstellung der Form ist eine Aufgabe der Zeit und der darin zusammenwirkenden Kräfte.

So ungefähr stellt unser Programm und der Kommentator desselben Kautsky, die Entwicklung zum Sozialismus, zum sozialistischen Staate offiziell dar. Ich verweise auch auf die neueste Ausgabe des Erfurter Programms vom Jahre 1907, die vierte Auflage, (sie ist von Kautsky und Schönlanck herausgegeben), wie sie zu Hunderttausende ins Land hinausgeht. Die Regierung findet dort auf Seite 4 folgende recht bemerkenswerte Stelle: „Was demjenigen, der die Anschauungen der Sozialdemokratie noch nicht kennt, in ihrem Programm auffallen dürfte, ist der Umstand, daß es nicht nur keine unbedingte Verwerfung, sondern sogar eine bedingte Anerkennung des Privateigentums enthält. Es fällt keinem Sozialdemokraten ein, die unumgängliche Forderung auf Abschaffung des Privateigentums an den Gegenständen des persönlichen Konsums (an Verbrauchsgegenständen) zu stellen.“

Aber auch das Privateigentum an den Produktionsmitteln wird von der Sozialdemokratie als unter gewissen Verhältnissen berechtigt und notwendig anerkannt, und in der Tat finden wir in dem Kommentar zu unserem Programm, daß die Enteignung der privaten Produktionsmittel nur in dem Maße eintreten soll, als zunächst der Staat genötigt ist, den bereits entwickelten Großbetrieb, die Bergwerke usw., in seinen Dienst für die Gesellschaft zu stellen. Wir sehen also, daß der Herr Ministerpräsident vollkommen im Irrtum war, als er dem sozialdemokratischen Programm und seinem Kommentator Kautsky die Unterstellung machte, wir schafften das Privateigentum in seinen ganzen Konsequenzen ab oder wollten es abschaffen.

Vollkommen richtig war die Aeußerung, daß die sozialdemokratische Partei eine revolutionäre Partei ist, und wir haben hier dem Herrn Ministerpräsidenten Beifall gegeben. Diese Beifallsprobe kann überraschen. Ich kann aber versichern, daß sie eine ernsthafte war, die Fronte liegt vielleicht darin, daß wir zum ersten Mal hier an dieser Stelle unseren politischen Gegnern, in diesem Fall dem Herrn von Hobman gegenüber diesen Beifall bekunden müssen. Wir haben noch niemals geleugnet, daß wir eine revolutionäre Partei sind, aber das Wort revolutionär in wissenschaftlichem Sinne genommen, nicht im Sinne des vulgären Lebens, also nicht so, daß das revolutionäre darin besteht, daß man sich am Kragen summt, sich gegenseitig die Gurgel zudrückt und totschlägt, alles das, was existiert, in Grund und Boden untersteht oder, wie es gewöhnlich von uns heißt, das Unterste nach oben und das Oberste nach unten kehrt. Revolutionär in wissenschaftlichem Sinne heißt: Die Sozialdemokratie erstrebt mit der Umänderung der Gesellschaftsordnung, mit der Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus eine grundlegende Ver-

änderung der Fundamente der Gesellschaft. Sie ändert das Fundament, sie baut auf einem vollständig umgearbeiteten und veränderten Boden die neue gesellschaftliche Ordnung auf. Das ist doch in der Weltgeschichte nichts Neues, die ganze Kultur der Menschheit, die ganze Entwicklung der Menschheit beruht ja auf solchen Revolutionen, d. h. auf Ideen, die verwirklicht worden sind und wobei der bisherige Zustand sich in einen wesentlich geänderten hinübergerettet hat. Das sehen wir im Altertum, im Mittelalter. Man nennt ja die französische Revolution des Jahres 1789 eine Revolution nicht in dem Sinne, weil die neue Gesellschaft ihre Geburt mit so und so viel Blut und Menschenopfern bescheert bekam, vielmehr deswegen, weil der alte feudale Staat in seinen Grundfesten, in seinem Fundament beseitigt und an seiner Stelle die bürgerliche moderne Gesellschaft geboren worden ist. Also eine im politischen, sozialen, wirtschaftlichen Sinne vollständige Umänderung nennt man eine revolutionäre.

Das Proletariat, d. h. diejenige Klasse unserer heutigen Gesellschaft, welche die zahlreichste im Staate ist und die nützlichste Schicht desselben bildet, wird und muß zur Entwicklung gelangen.

Wir feiern heute am 24. Februar den 60. Geburtstag jener Revolution in Frankreich, die der eigentliche Geburtstag der proletarischen Organisation ist, den Tag, an dem das Klassenbewußtsein des modernen Proletariats, des durch den Kapitalismus erzeugten Proletariats, seinen Anfang genommen hat. Damals kämpfte die Arbeiterschaft noch an der Seite des Kleinbürgertums und der kleinen Landbevölkerung, und insbesondere stand die Intelligenz in Frankreich damals auf der Seite des Proletariats. Sie kennen, ich brauche das nicht auszuführen, die Lage in jener Zeit: Die kapitalistische Gesellschaft sah damals in der Person von Louis Philipp von Orleans auf dem französischen Thron, der Geldadel herrschte damals, es war, wo der Minister Guizot das bekannte Wort: „Bereichert Euch!“ als den moralischen und unchristlichen Grundsatz in die Menschheit Frankreichs hineingeworfen hat. Da war der große Kladderadatsch schon vorbereitet, er lag längst in der Luft. Wer ihn aber vorher prophezeite, der wurde als ein Schwachkopf oder als reif für die nächste beste Irrenanstalt verschrien. Man hat damals, wie heute nach 60 Jahren, das Volk, das sich auf dem Konfordia-Platz versammelte oder sonstwie demonstrativ von seinem Rechte Gebrauch machte, mit Säbel und mit der Pike bearbeitet in der Ueberzeugung, die Gesellschaft steht auf sicheren Füßen. Das war am 22., das war am 23. Februar, der 24. Februar in Paris zeigt uns schon, daß die Revolution über das Meer verfügte. Der 24. Februar setzte den französischen König ab und proklamierte die Republik, und der erste Arbeiter sah damals in der Person des Maschinenwerkstättenarbeiters Albert im französischen Ministerium. Ueber Nacht unvorbereitet kommt solch ein Kladderadatsch.

Der Herr Ministerpräsident von Hobman hat ja auch, mangels besserer Argumente, in seiner gegen uns gerichteten Rede unseren Führer August Bebel von seiner stärksten Seite vorgeführt. „Der Herr Abg. Bebel“ — so heißt es im stenographischen Bericht — „hat ja bekanntlich den großen Kladderadatsch für ein bestimmtes Jahr vorher gesagt, und als er dann in dem Jahre nicht erfolgt ist, hat er seine Prophezeiung auf ein anderes Jahr wiederholt. In dem anderen Jahre — das liegt auch schon hinter uns — ist der große Kladderadatsch auch nicht erfolgt.“ Wenn man gegen einen Mann wie August Bebel nichts Schwerwiegenderes für die Unhaltbarkeit seiner politischen und sozialen Anschauungen vorbringen kann als dieses veraltete Märchen der Kladderadatschprophezeiung, so ist

das sehr bedauerlich. Allein, wenn der Abg. Bebel gesagt hat, daß der große Kladderadatsch sehr bald kommen könne, so hat er nach meiner Auffassung vollkommen recht. Ich habe Ihnen eben an einem historischen Beispiel aus der französischen Hauptstadt vor 60 Jahren gezeigt, wie er über Nacht gekommen ist und latent vorhanden war, ohne daß Jemand eine Ahnung hatte. Sie dürfen ja nur an den 18. März desselben Jahres 1848 in Berlin und anderorts denken! Allein das Wort „Kladderadatsch“ — um das auch noch kurz und für allemal abzutun — faßt der Abg. Bebel so auf, daß der Kladderadatsch ein gesellschaftlicher, im Staatsleben vorhandener, auf die Dauer nicht mehr haltbarer Zustand sei, dessen Zerstörung durch die geringste Anregung erfolgen könne. Der Herr Ministerialpräsident von Bodman hat ja gewiß Gelegenheit gehabt, im Reichstag dem berühmten Redner Bebel oft zuzuhören, wenn er das ausführte. Bebel hat den Kladderadatsch z. B. in Deutschland als immer latent vorhanden hingestellt, wenn er darauf hinwies, wie die Schuldenlast bei uns reißend gewachsen ist, wie wir bei der 4. Milliarde Schulden angelangt sind, wie dieser Zustand einen Staatsbankrott im kaufmännischen Sinne bedeutet, wie das Hauptkonto unserer Ausgaben durch so und so viel hundert Millionen für Kriegszwecke dargestellt wird, wie es für Deutschland eine Lebensfrage geworden ist, diejenige Industrie aus den Millionen und Milliarden jährlicher Ausgaben zu unterstützen, die die Mordwaffen erzeugt, die die Flottenpanzer herrichtet, und wie wir nur darauf denken müssen, diese Industrie zu kräftigen. Er hat erklärt, daß unser wirtschaftlicher Zustand tatsächlich einem Dalles gleiche, und daß dieser latente Kladderadatsch in akute Erscheinung trete, wenn der geringste Anlaß vorhanden sei. Er hat sehr oft darauf hingewiesen, jede Kriegserklärung, der nächste Krieg fördere die Entwicklung dieses Kladderadatsches, d. h. dieses Zusammenbruchs unserer heutigen Herrlichkeit des Staates. Denn ein Krieg der Gegenwart schädige den Sieger und den Besiegten, sorge überhaupt dafür, daß keine der dabei engagierten Parteien mit gesunder Haut davon kommt. Mit anderen Worten, Bebel hat mit dieser Theorie vom Kladderadatsch den latenten Zustand unserer unheilvollen politischen und wirtschaftlichen Situation gekennzeichnet. Und wehe dem, der heutzutage dazu beiträgt, einen Krieg zu entfesseln: Es werden nicht acht Tage vorübergehen, und der Kladderadatsch wird in den Ländern, die den Krieg führen, zum Ausbruch gelangt sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten!) Also diese wunderbare politische Melodei aus dem Liebert'schen Reichsligenverbandsgrammophon oder aus der Glabbacher Moritäten-Drehorgelgelausgabe (Heiterkeit) sollten wir hier in einer ernstlichen Versammlung ruhig weglassen.

Nun hat auch der Vertreter der Großh. Regierung noch einmal den Republikanismus hervorgehoben und auch diesen als eine Schädlingseigenschaft der sozialdemokratischen Partei hingestellt. Die Ausführungen meines Fraktionskollegen Dr. Frank sind denn doch derartig klar, einfach und sachlich gewesen, daß sie als Erklärung unseres Standpunktes in der republikanischen Frage hätten genügen müssen, und es ist von der Ministerbank gegen die Ausführungen, die Herr Kollege Dr. Frank gemacht hat, mit keiner Silbe erwidert worden. Ich nehme also an, daß sie auf einen fruchtbaren Boden gefallen sind. Der Herr Kollege Benedey, der nicht im Verdachte steht, ein Sozialdemokrat zu sein, hat gezeigt, daß man als bürgerlicher Abgeordneter sehr gut für republikanische Grundsätze schwärmen kann. Es wird vielleicht auch derjenige als ein minderwertiger Patriot hingestellt, der das Ziel erstrebt, zunächst in Deutschland nur eine einzige Krone zu setzen. Ich möchte

diese Theorie hier nicht entwickeln, ohne fürchten zu müssen, daß auch diese Sorte Republikaner auf großen Widerspruch von der Regierungsbank stoßen. Wir Sozialdemokraten haben es nicht notwendig, den Schwerpunkt unserer Agitation auf den Republikanismus zu verlegen. Auch finden Sie im Erfurter Programm gar nichts, was diese Agitation absolut notwendig macht. Mit Recht hat Herr Kollege Dr. Frank angeführt, daß Bebel selbst erklärt habe, in einem Staat wie England könne er viel mehr seine sozialdemokratischen Grundsätze vertreten, als in mancher Republik der Bourgeoisie. Freuen Sie sich, daß es noch Republiken gibt, in denen auch einmal ein aus seiner Heimat vertriebener Monarch eine gnädige Unterkunft finden kann. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialpräsident von Bodman sprach im Anschluß an die Schopfleimer Wahl wiederum den Grundatz aus, ein im badiischen Staatsdienste stehender Beamter müsse sich hüten, einen sozialdemokratischen Wahlzettel abzugeben, der sozialdemokratischen Partei anzugehören. Er ging sogar soweit, den bürgerlichen Parteien dieses Hauses seine Ungehaltenheit darüber auszusprechen, daß sie es in der Vergangenheit gewagt haben, für Sozialdemokraten zu stimmen und daß sie die versteckte Absicht im Herzen tragen, in Zukunft in dieser Laubhütte zu beharren. Es hat keine von den großen Parteien dieses Hauses Ursache, sich dieser Moralpredigt besonders zu freuen oder zu betrüben. Die jüngsten Tage habe uns ja wieder gelehrt, daß beide großen Parteien direkt für Sozialdemokraten eingetreten sind. Sie vom Zentrum haben das in letzter Zeit vergessen (Heiterkeit) und den Schleier der Liebe darüber gerückt! Die Mannheimer Volksstimme sorgte aber dafür, daß diese Mitwirkung des Zentrums bei der Verstärkung der sozialdemokratischen Volksvertretungen nicht in Vergessenheit komme. Auf der anderen Seite des Hauses leugnet man die Sünde gar nicht. Gerade vor vier Jahren, am 22. Februar 1904, konnten wir uns hier mit dem Herrn Minister Dr. Schenkler darüber unterhalten, was die Sozialdemokratie in diesem Hause wert ist. Der Vertreter der Großh. Regierung erklärte: „Die Sozialdemokratie ist zu einem großen Teile eine berechtigte aus gefundenen Motiven hervorgegangene Bewegung. Ich möchte daher ihre Vertreter hier im Hause nicht missen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein! (Heiterkeit.) „Die Herren Sozialdemokraten“ — sagte der Vorgänger des Herrn v. Bodman genau vor vier Jahren — „namentlich eine Anzahl hervorragender Führer, Leute, die aus unserer Schicht, aus der Schicht der höher Gebildeten, der Kapitalisten, hervorgegangen sind, haben die sozialen Bedürfnisse dieser großen weitgegliederten Schicht ergründet; sie haben verstanden, zum großen Teile die Angehörigen derselben um sich zu scharen, und sie haben darin eine bei den Wahlen in Deutschland große Erfolge erzielende Partei geschaffen. Diese Partei hat sich eine durchaus richtige und erstrebenswerte Aufgabe gestellt, nämlich die, die unteren Schichten unseres Volkes nicht bloß wirtschaftlich sondern auch in ihrer Kultur weiter emporzuheben, eine Aufgabe, die naturgemäß nur langsam zu Erfolgen führen kann.“

Wenn man unserem Streben, unserer ganzen Tätigkeit, der Erfüllung unserer programmatischen Aufgaben ein solches Zeugnis dort vom Ministerisch ausgestellt hat, sollte vier Jahre nachher nicht ein anderer weiser Mann auf diesem Stuhle als Richter kommen und den gegnerischen Parteien, wenigstens in einer Art kategorischen Regierungsimperativs, befehlen: „Die Hände weg! Unterstützung dürft Ihr annehmen, in Schopfleimer dürft Ihr Euch wählen lassen, aber das taktische Ver-

hältnis und Zusammengehen ist nicht als Gegenseitigkeit bedeutend zu verstehen" (Heiterkeit). Es gehört doch eine naive Auffassung von der Sozialdemokratie dazu — und bei dem Herrn Ministerpräsidenten v. Bodman ist sie vorhanden —, zu verlangen, daß die Sozialdemokratie unter solchen Umständen ein taktisches Verhältnis einzugehen hat. Niemals geizten wir darnach, von bürgerlichen Parteien unterstützt zu werden; beim Zusammengehen lagen immer ethische Momente vor: Damals, als wir das Zentrum unterstützten, war es das direkte Wahlrecht zum Landtage, das von jener Seite (zu den Liberalen) dem Volke verweigert wurde. Heute ist es zunächst einmal das Moment, eine Mehrheit in der Kammer zu verhüten, deren Bestreben dahin gegangen wäre, Errungenschaften allgemein liberaler und kultureller Art wieder zu beseitigen (namentlich in der Entwicklung der Schule) und mit Hilfe der Kirche rückwärtliche Tendenzen zu verwirklichen. Darin befanden wir uns vielleicht im Einverständnis mit der Großh. Regierung.

Die Sozialdemokratie kommt doch in dieses Haus, und es ist kein Kraut dagegen gewachsen, solange das Wahlrecht, das uns verfassungsmäßig garantiert ist, fortbesteht. Bleiben wir einmal neutral! Kümmeren wir uns nicht um Links und nicht um Rechts! Die Herren von der Regierung können ja dann erwarten, was geschieht! Wir bringen Schwarz und wir bringen Liberal in der Toga mit. Sollte sich aber der jetzige Präsident des Ministeriums des Innern auf den Grundtag seines Vorgängers stellen: „Gut, ich will Euch nicht vermissen, aber Ihr müßt nur aus eigener Kraft hereinkommen“ —, dann soll mich das nur freuen, weil er ein Anhänger der Proportionalvertretung der Parteien ist. Was für die Gemeindevertretung gilt, das wird er wohl auch für den Landtag gelten lassen. (Abg. Süßkind: Sehr richtig!) Also wollen wir einen Pakt abschließen (zum Regierungstisch): Schaffen Sie uns die Proportionalvertretung, ich kann Ihnen die Rechnung dann heute schon vorlegen!

Die Sozialdemokratie hat sich im badischen Lande folgendermaßen entwickelt: Am 19. Okt. 1905 haben von 384 000 Wahlberechtigten im badischen Lande 74,4 Prozent abgestimmt; 297 344 Stimmen sind gefallen, davon erhielt die Sozialdemokratie 50 431. Ihr tatsächlicher Anhang im Lande wird natürlich besser dargestellt durch das Resultat der Reichstagswahl. Bei der Reichstagswahl 1907 sind 23,9 (also rund 24) Prozent sämtlicher in Baden abgegebenen Stimmen der Reichstagswähler auf die Sozialdemokratie gefallen. Unsere 93 386 Stimmen, nahezu der vierte Teil, in einem Wahlkampf und zu einer Zeit, wo die sogenannten Mittläufer auf eine andere Seite gestellt wurden, fallen in Baden ins Gewicht. Geben Sie uns dieser Rechnung entsprechend den vierten Teil des Hauses, auf den wir Anspruch haben, und Sie dürfen sicher sein, wir rühren bei der Landtagswahl keine Hand, wir lassen das Andere ruhig vor sich gehen. Ob das, was dabei herauskommt, den Herren von der Regierung gefällt, das wird eine andere Frage sein. Ich halte sie für eine sehr praktische Frage.

Wie kann man es mit der Verfassung, mit den Begriffen von geltendem Recht vereinbaren, jetzt, nachdem wir doch in der Debatte über den Fall Schäußle mit der großen Mehrheit des Hauses über diese Frage durchaus einig waren, wiederum zu sagen: Die Regierung hat das Recht, ihren Beamten vorzuschreiben, wie sie wählen sollen; die Regierung hat sogar das Recht, Beamte aus ihren Stellungen zu weisen oder sie nicht in solche aufzunehmen, wenn sie weiß, daß sie sozialdemokratische Gesinnung haben? Präzise und genau sagt unsere Verfassung, daß Jeder im badischen Lande das Recht seiner Ueberzeugung hat, daß er wegen der Betätigung seiner

Ueberzeugung nicht verfolgt werden soll. Wo nimmt eine Regierung und wo nimmt ein Minister das Recht her, hier vor der Kammer zu erklären: „Wir werden einen Beamten, von dem wir wissen, wie er gewählt hat, zur Rechenschaft ziehen, wir werden ihm den Brodforb höher hängen!“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das herrliche Beispiel wird wieder aus Preußen importiert; das ist der Fall Schellenberg, der in den Reichstagsverhandlungen der letzten Tage genügend erörtert worden ist. Dies hohe Vorbild aus dem Norden schwebt auch hier wieder der Regierung vor.

Die Herren vom Zentrum verwahren sich dagegen, daß die im Verwaltungsdienst angestellten badischen Beamten agitatorisch tätig sind. Warum nur die Verwaltungsbeamten? Und warum diese auch nur dann, wenn sie im Sinne der Regierung oder irgend einer nationalliberalen oder dem Zentrum entgegen gesetzten Partei es tun? (Zum Zentrum): Sind denn nicht aus Ihrer Partei, aus dem Zentrum, sonntäglich so und so viele Staatsbeamte politisch tätig und agitieren? Leute, die im Eisenbahndienst angestellt sind, bereisen als Agitatoren des Zentrums jeden Sonntag das Land, um die gegnerischen Parteien, insbesondere die Sozialdemokratie, mit den verwerflichsten Mitteln herunterzusetzen. Wir sehen einen Betriebsbeamten in Offenburg, einen Kollegen in Gengenbach und andere zur ultramontanen Partei gehörige Beamte der Staatsbahn als Agitatoren die Ehre ihrer Mitbürger angreifen, die mit ihren Steuern und Umlagen dafür sorgen, daß diese Beamten auch ihren Gehalt zur richtigen Zeit bezahlt bekommen können. Das Zentrum erhebt gegen diese Art politischer Agitation der Beamten keinen Einspruch. Nur wenn ein Arbeiter aus seiner Werkstätte es wagt, in irgend einer Versammlung seiner Meinung Ausdruck zu geben, da kommt das „Kreuziget ihn!“

Die Großh. Regierung hätte Wichtigeres zu tun, als für eine schablonisierte Gesinnung der Arbeiter und Beamten zu sorgen. Es geht so viel Unrecht im Lande vor und die Auslegung der bestehenden Gesetze in der Verwaltung ist da und dort eine so mangelhafte, daß wir auf diesem Rhodos genug zu tanzen hätten. Wir haben insbesondere in der Handhabung des Wahlrechtes und der Wahlvorschriften in Baden Vieles auf dem Kerbholz.

Inbesondere aber geschähen bezüglich der Verbreitung von Wahlzetteln und Flugblättern in der Wahlperiode Dinge, die uns denn doch die Aussicht geben, daß unserem Antrag auf Abschaffung des Art. 3 des Einführungsgesetzes zum Reichspressgesetz Folge gegeben und jene Bestimmung nun endlich einmal beseitigt werden sollte. Eine Strafverfügung des Rastatter Bezirksamts erging am 6. November 1907 gegen Georg Baumstark, Schmied von Muggensturm, wegen Uebertretung des Artikels 3 jenes Gesetzes. Dem Mann, der Flugblätter verteilte, wird vorgeworfen, daß er sie von Haus zu Haus trug, ohne vorher der Ortspolizei ein Pflichtexemplar vorgelegt und die Erlaubnis zur Verteilung eingeholt zu haben. Der Mann wird wegen etwas bestraft, was im Gesetze garnicht vorgesehen ist.

Aus derselben Quelle stammt eine Verfügung vom 20. Januar 1907. Bei der Reichstagswahl sind in Oberndorf bei Rastatt zwei Flugblattverbreiter von der Ortspolizeibehörde zum Bürgermeister geführt worden. Der Bürgermeister hat von den Leuten einen Gewerbeschein verlangt (Heiterkeit). Das Großh. Bezirksamt Rastatt bedachte jeden mit einer Strafe von 10 Mk. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Durch Urteil vom 27. Juni 1907 wurde auch — das muß ich hinzufügen — von der Strafkammer Karlsruhe ein Rastatter Urteil aufgehoben, welches

6 Arbeiter in Dietigheim ebenfalls aufgrund der klaren Bestimmungen dieses Artikels 3 des Gesetzes vom 20. Juni 1874 bestraft hat.

Da gefällt mir schon besser der Bürgermeister von Bollenbach im 6. Wahlkreis, der die Flugblätterverteiler zu sich gerufen und ihnen rundweg erklärt hat: Er verweigere überhaupt allen politischen Parteien das Ausstragen von Flugblättern (Heiterkeit).

Das Gewerkschaftskartell Mannheim besitzt ein amtliches Schriftstück. Darin wird ebenfalls die Erlaubnis zum öffentlichen Verbreiten der Flugblätter gewährt mit der Bedingung — das ist auch originell —, daß die wegwerfenen Flugblätter sofort von den Verbreitern wieder aufgehoben werden müssen (Heiterkeit).

Ich will auch ein Beispiel aus dem Oberland anführen, damit Licht und Schatten gleichmäßig im Lande verteilt sind. Das Bezirksamt Stocach hat am 13. November 1907 den Heinrich Lederle aus Radolzell aufgrund der §§ 43 und 148 Ziffer 5 der Gewerbeordnung bestraft, weil er auf öffentlicher Straße den badischen Volkskalender gratis verteilt habe (Heiterkeit).

Sie sehen, es ist eine große Aufgabe für das Ministerium, im Lande dafür zu sorgen, daß wir bei der Handhabung der Gesetze gerechter behandelt werden.

Ich möchte dem Herrn Präsidenten des Ministeriums des Innern ein ganz besonders dankbares Gebiet anempfehlen, und das ist das politisch einformige Hanauerland, das Amt Kehl. Hier haben wir bei den Reichstags- und Landtagswahlen seit frühen Zeiten die schlimmsten Erfahrungen mit der Auslegung der Gesetze gemacht. Die Herren Bürgermeister machen sich ihre Gesetze selbst zurecht, und es scheint mir, daß das Bezirksamt in Kehl sehr große Schwierigkeiten mit den Herren hat. Es war früher schon einmal nötig, einige Wahlvorstände vor die Strafkammer zu bringen und ins Gefängnis einzusperrern, um die allgemeinen Regeln des Schutzes der geheimen Wahl, des Wahlrechtes überhaupt, durchzuführen. Das hat aber noch nicht die nötige Wirkung gehabt. Meine Parteigenossen beobachteten in Sing, wie ein Wähler in den abgeordneten Raum hineingehen will. Die Tür öffnet sich, wie von einer unsichtbaren Hand regiert. Er tritt hinein. Die Betreffenden denken: „Ja, geht es denn da mit Wundenringen zu?“ Sie folgen ihm auf der Spur. Wer steht drinnen? Der Herr Polizeidiener (Heiterkeit), den Wahlumschlag in der Hand und legt einen Zettel hinein. Er vollzieht also sein Amt als Diener der Gemeinde wunderbar schön (Heiterkeit). Er will nicht haben, daß die Leute sich anstrengen und den Zettel selbst in den Umschlag stecken (Heiterkeit). Man hat sich bei dem Wahlvorsteher darüber beschwert. Der Wahlvorsteher hat gesagt: „Ach, wir haben ihn nur hineingeschickt, damit er nach dem Ofenseuer sieht. Er soll herauskommen.“ Der Polizeidiener hat sich aber über diese Art der Beendigung seiner Tätigkeit im Wahllokal nicht sehr erbaut gezeigt: „Was, jetzt soll ich heraus? Sie haben mich ja heute morgen hineingeschickt, daß ich den ganzen Tag drin bleiben soll“ (Heiterkeit). Er hat jedenfalls gedacht, er werde in seinem ortsüblichen Tagelohn verkürzt, wenn er den Posten nicht richtig ausfüllt.

Namentlich in Freistett kommen bei den Gemeindevahlen die unglaublichsten Dinge vor. Dort ist man nicht imstande, eine richtige Wählerliste aufzustellen. Die Erscheinungen müssen der Grohh. Regierung ja durch die erhobenen Beschwerden bekannt geworden sein. Die Ordnung wird erst dann hergestellt, wenn nach und nach auch in dieser Gegend sozialdemokratische Organisationen auftauchen. Durch das Eindringen der Sozialdemokratie kommen Gesetz und Recht in dieser ausgesucht liberalen Gegend des Landes nach und nach zur Geltung. In Freistett stand Einer nicht in der Wählerliste. Es war mein Parteigenosse Gezel. Er beschwerte sich darüber.

Der Bürgermeister entdeckt, daß der Mann keine Umlage bezahlt hat, er erläßt einen Strafbefehl gegen den Mann, weil derselbe sich nicht in den Steuerkataster angemeldet habe! Der Mann arbeitete in Kehl und bezahlte infolgedessen dort seine Steuer. Das Bezirksamt mußte zu Hilfe gerufen werden. Der Bezirksbeamte erklärt derartige Mißgriffe seiner Bürgermeister mit der Unkenntnis der Gesetze. Wenn also ein Bürgermeister das Gesetz nicht kennt, übertritt und Andere dadurch schädigt, so entschuldigt man das mit der Unkenntnis des Gesetzes, wenn aber ein paar Arbeiter an einem Sonntag auf der Straße Flugblätter verteilen und eines Verlesens sich schuldig machen, dann kommen die schärfsten Strafen, da wird mit 3, 5 und 10 M. Strafe die Frevelthat gebüßt! Wir haben Gegenden im Lande, ich nenne besonders den Wolfacher Bezirk, wo es den Eindruck erweckt, als sei die Gendarmerie förmlich darauf dressiert, an den Sonntagen die sozialistischen Flugblattverbreiter einzufangen und massenhaft zur Anzeige zu bringen, und damit dem mangelnden Geldvorrat des Staates einen namhaften Zuschuß zu bereiten.

Zum Schluß möchte ich nur sagen, es ist sehr notwendig, daß wir uns mit der Wahrung des Rechts im eigenen Land beschäftigen, daß vor allem unsere Verfassung, insbesondere die klaren Bestimmungen derselben, die sich auf die freie Uebergerzeugung der Staatsbürger und ihre Integrität beziehen, von Seiten der Grohh. Regierung in gewissenhafter Weise gewahrt werde. Solange nicht Ausnahmebestimmungen gegeben sind, solange nicht die Sozialdemokratie wieder unter ein besonderes Gesetz gestellt wird, gelten für uns Alle die Bestimmungen unseres allgemeinen Rechtes. Und ich möchte die Regierung sehen, die mit gutem Gewissen es wagen könnte, einem Beamten zu verbieten, daß er bei der Wahl nach seiner Uebergerzeugung wählt. Wir lassen uns das nicht gefallen, wir werden in jeder Weise dafür sorgen, daß diese Auffassung bekämpft wird, und wir hoffen, die Guten im Lande ohne Unterschied der Partei auf unserer Seite zu haben.

Der Herr Präsident des Ministeriums des Innern hat sich dann in seinen Ausführungen noch gegen eine Rede meines Kollegen Kolb gewendet. Ich kenne diese Ausführungen nicht, und es wird Sache des Kollegen Kolb sein, darauf zu erwidern.

Im übrigen schrecken uns die Anschauungen, die von der Ministerbank erklingen sind, nicht und werden auch nicht dazu beitragen, irgend welchen vernünftig denkenden Menschen dazu zu verleiten, anzunehmen, daß die Sozialdemokratie revolutionär in dem Sinne ist, daß sie Bomben wirft, Raffen bestiehlt, eine Masse Menschen umbringt usw. Das sind nicht die Ziele der Sozialdemokratie, das hängt auch gar nicht mit ihren Tendenzen und mit ihrer taktischen Richtung zusammen. Wer gemordet hat, wer Könige umgebracht hat, sei es in Serbien oder Portugal, wer Terrorismus verübte in früheren Zeiten, in Revolutionen, wer in Rußland insbesondere den Massenmord der Bürger auf dem Gewissen hat, das weiß man heute schon aus der Geschichte, oder es wird die Geschichte der Zukunft uns noch deutlicher belehren. Die Mittel werden stets gewählt nach der Art des Vorgehens der Herrschenden. Wo gesetzlich, verfassungsmäßig regiert wird, wo das Volk nicht dazu genötigt wird, das Wahlrecht zu verlieren, weil irgend eine Minderheit im Staate das verlangt (der Herr Minister exemplifizierte auf Sachsen, ich möchte sehr bedauern, wenn er das als ein erstrebenswertes Ziel auch für Baden im Auge gehabt hätte), da, wo man insbesondere die große Masse des Volkes als den Kern des Staates betrachtet, ihre Rechte als Rechte, die vor allen zu wahren sind, hochgehalten werden, da wird

es in der Entwicklung so fortzuschreiten, wie wir es wünschen. Kommt es anders, so ist das nicht unsere Schuld. Die Verantwortung trifft immer die, die sich der Gesetzmäßigkeit und dem Fortschritt in den Weg gestellt haben (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Ministeriums des Innern Wirtl Geh. Rat Frh. von und zu Bodman: Wenn in der Tat die Sozialdemokratie den festen Willen hat, in der Bahn des Gesetzes zu bleiben, so kann das Jeden, der in verantwortungsvoller Stellung sich befindet, nur mit Befriedigung erfüllen. Ich bin auch weit davon entfernt und habe wohl durch keines meiner Worte zu einer anderen Auffassung Anlaß gegeben, einer Ausnahme-gesetzgebung das Wort zu reden. Es ist nicht richtig, wenn hier behauptet wurde, daß ich gesagt hätte, man müßte die Sozialdemokratie auf jede Weise bekämpfen. Ich habe mich auf die Frage der Bekämpfung oder des Gemährenlassens der Sozialdemokratie hier nicht eingelassen, habe vielmehr ganz bestimmt gesagt, in welcher Beziehung man meines Erachtens einen Unterschied gegenüber der Sozialdemokratie machen muß, nämlich im Staatsdienst und im Verhalten der bürgerlichen Parteien.

Was den Staatsdienst betrifft, so hat gegenüber meiner Ansicht, daß ein Sozialdemokrat nicht Staatsbeamter sein kann, der Herr Abg. Gedl sich wiederum auf die Verfassung berufen, und er hat mir, wenn auch in der Form in durchaus gemäßigter Weise, was ich anerkenne, doch wiederum hier den Vorwurf gemacht, daß meine Auffassung verfassungswidrig sei. Ich kenne keine Bestimmung der Verfassung, die vorschreibt, daß Jeder ohne Ansehen seiner politischen Gesinnung ein Amt darauf hat, Staatsbeamter zu sein (Unruhe bei den Sozialdemokraten). Die Verfassung sagt, daß Jeder ohne Unterschied der Religion Anspruch auf Zivil- und Militärstellen hat. Es darf also Niemand wegen seines Religionsbekenntnisses von der Staatsbeamten-schaft ausgeschlossen werden. Diese Bestimmung hat sich ergeben aus den Religionskämpfen, aus den Toleranzbestrebungen, aus der Tatsache, daß früher der Grundsatz galt: „Cujus regio, ejus religio,“ und demzufolge auch in einem Staat mit katholischem Herrscher nur ein Katholik und in einem Staat, dessen Haupt protestantisch war, nur ein Protestant Staatsbeamter sein durfte. Bis 1849 lautete die Bestimmung, daß die Angehörigen aller drei christlichen Konfessionen den gleichen Anspruch auf Staatsstellen haben. Auch davon steht nichts in der Verfassung, daß Jedem die Freiheit seiner politischen Ueberzeugung verbürgt sei. Wenn aber auch das letztere in der Verfassung stünde, so würde das nicht ausschließen, bei dem Einzelnen zu prüfen, ob er nach seiner politischen Ueberzeugung sich eignet, ein Diener des Staates zu sein. Ich habe nicht gesagt, daß ein Staatsbeamter nicht sozialdemokratisch wählen darf, ich habe gesagt, ein Sozialdemokrat kann nicht Staatsbeamter sein. Die Staatsregierung wird nicht nachforschen, wie der Einzelne gewählt hat, sie wird nicht der Gesinnung nachforschen, aber wenn einer seine sozialdemokratische Gesinnung bekundet, dann ist die Staatsregierung allerdings der Ansicht, daß dieser nicht im Staatsdienst verbleiben kann (Lachen bei den Sozialdemokraten). Ich glaube, was der Herr Abg. Gedl heute gesagt hat, das bestätigt nur aufs neue, wie richtig diese meine Auffassung ist. Er hat offen gesagt, daß die Sozialdemokratie eine revolutionäre Partei sei. Er hat zwar gesagt, sie sei das nicht in dem Sinne, daß sie nun einen Handreich machen wolle, daß sie alles zu unterst und zu oberst

lehren wolle, sondern sie sei das in dem Sinne, daß sie eine völlige Umwandlung der vorhandenen wirtschaftlichen Verhältnisse, eine Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus erstrebe. Er hat aber gleich nachher, als er die Geschichte von dem Kladderadatsch als ein Märchen bezeichnete, ausgeführt, Bebel habe, wenn er das gesagt habe, ganz recht gehabt, denn derartige Ereignisse könnten plötzlich kommen, es sei bei der Februarrevolution in einer Nacht der Umschwung erfolgt, und das könne auch bei uns geschehen. Er hat auch auf die Ausführungen Bebels hingewiesen, wonach unser Staatswesen ein so verrottetes ist, daß in der Tat dieser Zusammenbruch jeden Tag erfolgen kann, und er hat insbesondere gesagt, daß, wenn ein Krieg ausbricht, es keine acht Tage gehen wird, ohne daß dieser Zusammenbruch erfolgt. Was heißt denn das anders, als daß, wenn ein Krieg ausbricht, dann hinter dem Rücken der Armee eine Volks-erhebung stattfinden soll, und daß das von Ihrer Seite begrüßt wird, da es zu der Verwirklichung Ihrer Ziele führt? Das stimmt auch ganz überein mit dem, was Ihr Genosse Kautsky in dieser Beziehung dargelegt hat. Ihr Genosse Kautsky, auf dessen Buch über das Erfurter Programm Sie sich berufen haben, hat in seinem Buche „Die soziale Revolution“ des näheren ausgeführt, wie die Umwandlung des privaten in gesellschaftliches Eigentum nicht möglich sei durch Reformen sondern nur auf dem Wege der Revolution. Er sagt in dieser Beziehung u. a. folgendes (auf Seite 51 der zweiten Auflage der erwähnten Schrift): „Der soziale Friede innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise ist eine Utopie, die aus sehr realen Bedürfnissen der Intelligenz herausgewachsen ist, aber in der Wirklichkeit keine Stützpunkte zu ihrer Verwirklichung findet. Und nicht minder eine Utopie ist das unmerkliche Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus.“ Also das, was der Herr Abg. Kolb uns neulich ausgeführt hat, daß wir ganz unmerklich in den Sozialismus hineinwachsen, das bezeichnet hier der Genosse Kautsky als eine Utopie! Er sagt dann, daß soziale Reformen und das Erstarren der proletarischen Organisationen die Revolution nicht verhindern können, „sie können höchstens bewirken, daß der Klassenkampf gegen das Kapital bei den höher entwickelten Schichten des kämpfenden Proletariats aus einem Kampf um die ersten Bedingungen des Daseins ein Kampf um die Macht wird.“ Er untersucht dann, wie diese Revolution sich vollziehen wird; man könne das nicht mit Bestimmtheit sagen, aber eines sei sicher, die Revolution würde jedenfalls ganz anders aussehen als alle ihre Vorgänger. Er erörtert sodann die verschiedenen Ursachen und verschiedenen Arten der Revolution. Die kommende Revolution dürfte mehr den Charakter des Kampfes eines Teils der Bevölkerung gegen den übrigen Teil, also mehr den Charakter eines langdauernden Bürgerkrieges tragen, dabei dürfe man aber sich den Bürgerkrieg nicht vorstellen wie die früheren, als eine Kette von Megeleien usw., er fügt aber hinzu, daß allerdings die Erfahrungen in Rußland bewiesen, „daß gegenüber einer desorganisierten Armee der Barrikadenkampf immer noch wirksam sein kann als Mittel, die Zerstückung der Armee den Truppen selbst zum Bewußtsein zu bringen und dadurch ihre Disziplin zur völligen Auflösung zu bringen.“ Ich erinnere Sie gegenüber diesem Satz an die antimilitaristischen Bestrebungen, die doch auch in Ihren Reihen bestehen, wenn Sie sie auch nicht in der Weise wollen und in der Weise sie auch ausdrücklich abgewiesen haben, wie sie in Frankreich von Hervé geleitet werden. Es heißt dann bei Kautsky weiter, auch die Finanznot könnte eine solche Revolution herbeiführen. Auch von den Mitteln der Revolution wird gesprochen

und der Streik als ein sehr wirksames Mittel bezeichnet. Er verwirft allerdings den Generalstreik, das sei unfruchtbar, denn er könne nur kurze Zeit dauern, das Proletariat müsse selber darunter leiden, sodaß er, gerade wenn er wirksam werden sollte, zusammenbreche. Er meint aber, daß der Streik im Abg. der politischen Streik ein sehr wirksames Ergänzungsmittel der übrigen Kampfmittel sein werde. Er spricht dann auch vom Krieg, und das erinnert an das, was der Herr Abg. Geck gesagt hat. Er sagt: Ein Krieg könne sehr wohl eine solche Revolution herbeiführen. Wenn der Krieg ausbräche, so müßten entweder die herrschenden Klassen dem Proletariat Zugeständnisse machen, damit sich dieses gut schlage, oder, wenn sie das nicht täten, dann sei zu erwarten, daß der Krieg mit einer Niederlage ende, und dann sei der Boden für die Revolution gegeben. Es erinnert das an den Ausdruck Bebel's, den er in Amsterdam getan hat, daß er es mit Freuden begrüßen würde, wenn Deutschland ein Sedan erleiden und dadurch zu einem Umschwung kommen würde (Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Sie sagen, das sei nicht richtig. Es ist mir bisher nicht bekannt geworden, daß das in Abrede gestellt wurde. Der Reichskanzler hat es im Reichstag Bebel entgegengehalten. (Abg. Dr. Frank: Es ist sofort richtiggestellt worden!) Wenn das so ist, so kann ich natürlich diese Bemerkung nicht aufrechterhalten.

Es ist dann endlich in dieser Schrift auch gesagt, daß „die russische Revolution der Ausgangspunkt zu einer Reihe revolutionärer Kämpfe werden kann, die immer gewaltiger anschwellen, die Nationen Europas und Amerikas erschüttern, und in einer großen, internationalen proletarischen Revolution mit unabsehbaren Konsequenzen münden“.

Er erörtert dann nochmals die Frage des friedlichen Fortschreitens zum Sozialismus und sagt: „So erfreulich das wäre, ich sehe leider keine Möglichkeit, diese Ansicht zu akzeptieren. Das Größte und Schwerste, der Kampf um die politische Macht, liegt noch vor uns, er wird nur in einem langen und harten Ringen entschieden werden, in dem wir alle unsere Kräfte aufs Äußerste werden anspannen müssen“.

Nun, die Äußerungen und die Worte des Herrn Abg. Geck von dem Ausbruch der Revolution 8 Tage nach Beginn eines Krieges, das berechtigt mich doch wohl zu dem Ausdruck, daß Sie eine revolutionäre Partei sind, auch in dem Sinne, in dem ich diesen Ausdruck gebraucht habe. Wenn Sie, die badischen Sozialdemokraten, nun aber der Ansicht sein sollten, daß die Ziele der Sozialdemokratie sich auf friedlichem Wege erreichen lassen (und die Herren Abg. Kolb und Frank haben uns das ja neulich auseinandergesetzt), dann kann ich das ja (ich wiederhole das) nur freudig begrüßen. Aber warum reden Sie denn außer dem Hause anders als hier im Hause? Ich habe wiederholt hingewiesen auf das, was der Herr Abg. Kolb in dieser Beziehung gesagt hat; ich habe besonders hervorgehoben, daß er von „russisch sprechen“ gegenüber einer auf gesetzlichem Wege zustande gekommenen Maßnahme in Sachsen geredet hat. Auch Kautsky sagt in dieser seiner Schrift, wie er von den Barrikadenkämpfern spricht, daß es dazu namentlich dann kommen könnte, wenn auf gesetzlichem Wege das Wahlrecht des Proletariats, was für ihn das tägliche Brot sei, gestürzt würde.

Der Herr Abg. Geck hat mir gegenüber auf Äußerungen meines Herrn Amtsvorgängers über die Sozialdemokratie Bezug genommen. Ich glaube, es ist bei jenem Anlaß gewesen, daß mein Herr Amtsvorgänger, nachdem er zuerst diese Anerkennung für gewisse Bestre-

bungen und Leistungen der Sozialdemokratie ausgesprochen hat, dem Sinne nach ungefähr fortgefahren hat: Die Herren setzen aber außer dem Hause ein ganz anderes Gesicht auf; dort sind sie die Vertreter der Revolution usw., und das muß die Regierung sehr bedenklich machen, mit dieser Partei irgendwie zusammen zu gehen.

Der Herr Abg. Geck hat weiterhin wiederholt, daß meine Berufung auf die republikanische Gesinnung der Herren von geringer Bedeutung sei; es sei das alles durch die Ausführungen des Abgeordneten Frank widerlegt, auf sie sei vom Regierungstisch nicht erwidert worden, und man dürfe also annehmen, daß sie auf fruchtbaren Boden gefallen seien. Ja, wenn vom Regierungstisch nicht erwidert worden ist, so ist das in dem Bestreben gesehen, diese Art von Erörterung nicht fortzusetzen. Ich habe die redliche Absicht gehabt, in eine Fortsetzung dieser Erörterung nicht einzutreten. Ich hatte meinen Standpunkt dargelegt, ich fand nicht, daß er durch die Ausführungen des Herrn Abg. Frank widerlegt sei, die nach meiner Ueberzeugung auf den Kern der Sache nicht eingegangen sind, und ich hätte nicht wiederum das Wort zu dieser Sache ergriffen, wenn nicht der Abg. Venedey mir dazu Veranlassung gegeben hätte. Ich kann aber nur wiederholen, daß der republikanischen Gesinnung gegenüber wohl ein Unterschied zu machen ist: ob sie lediglich theoretisch und im Ausblick auf eine ferne Zukunft als Schwärmerei (wie vorhin der Herr Abg. Geck gesagt hat) geäußert wird, oder aber, ob sie sich in der Weise äußert, wie ich es aus seiner eigenen schriftlichen Darlegung gegenüber dem Herrn Abg. Kolb betont habe, daß die Monarchie bekämpft wird. Das ist der Schwerpunkt der Sache, und demgegenüber, glaube ich, verschlagen auch die Beispiele nicht, die der Herr Abg. Frank angeführt hat, indem er sagte, ob man denn in Hamburg, Bremen und Lübeck nichtmonarchische Beamte dulden würde. Ich glaube, wenn Beamte in Hamburg, Bremen oder Lübeck sich auf den Markt stellen und erklären würden, daß sie die Republik bekämpfen und daß sie dahin streben, daß die Republik beseitigt und durch die Monarchie ersetzt werde, so würde man diese Beamten wahrscheinlich auch nicht im Dienst der Republik dulden.

Aber ich glaube nun genug über diesen Gegenstand gesprochen zu haben. Ich glaube, wir werden uns kaum darüber verständigen, und ich kann nur wiederholen: Ich habe nicht von der Hand gewiesen, mit Ihnen zusammenzugehen, soweit das in gemeinsamer Arbeit für des Volkes Wohl unter Aufrechterhaltung unseres grundsätzlichen Standpunktes möglich ist; ich habe mich vielmehr dazu bereit erklärt. Ich habe zu Anfang meiner Tätigkeit hier gesagt, daß ich mit Jedem arbeiten will, der guten Willens ist, und ich habe auch die Hoffnung ausgesprochen, daß wir auf dem Wege freier Entwicklung und der Betätigung in der praktischen Arbeit für unser Volk zusammenkommen und auch ein Stück Weges zusammengehen können. Meine Hoffnung darauf ist allerdings keine sehr große, wenn ich mir z. B. den Aufruf ansehe, der für die Wahlen im Jahre 1905 seitens der Sozialdemokratie ergangen ist, wo es heißt: Es sei zwar das neue Wahlrecht, welches nun zum ersten Mal zur Anwendung komme, zweifellos ein Fortschritt, leider werde aber „dieser Fortschritt für die Arbeiterklasse und für die ärmeren Schichten der Bevölkerung fast völlig aufgehoben durch die schmähtlichen Kautelen, mit denen alle jene von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen werden, welche nicht seit Jahren die badische Staatsangehörigkeit besitzen und welche im letzten Jahre ihre Steuern nicht bezahlten“.

konnten. Die Regierung, das Zentrum und die Nationalliberalen tragen in gleicher Weise die Verantwortung für diese, vom Hass gegen die besitzlose Klasse diktierte Durchlöcherung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts. Wenn ich solch einen Erguß lese, so ist meine Hoffnung allerdings gering, daß man durch freiheitliche Maßnahmen, durch unausgesetzte Arbeit für die Schwächeren im Volke dahin gelangen kann, sich ihre Anerkennung und ihr Vertrauen zu erwerben. Es ist doch auch ein eigentümlicher Widerspruch, wenn der Herr Abg. Frank gesagt hat, für die Vorurteilslosigkeit des Abg. Bebel spreche, daß er gesagt habe, er wolle lieber in einer Monarchie wie England, wo die Rechte der Arbeiter respektiert werden, leben als in einer Geldadrepublik, und wenn wir dann hören, wie die Herren über die Zustände in unserem eigenen Vaterland urteilen! Haben Sie denn nicht volle Bürgerrechte hier, haben Sie denn nicht im Reiche und in Baden das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht? Werden Sie nicht behandelt als vollberechtigte Staatsbürger? Wird nicht jede Ihrer Beschwerden auf das eingehendste untersucht, und wird nicht von allen beteiligten Behörden mit redlichem Streben dahin gewirkt, daß jedes Unrecht abgestellt wird? Und doch, wenn man Ihre Presse liest, wenn man Ihre Ausführungen hört, so sollte man meinen, daß Sie in einem Staate leben, in dem der einzelne Angehörige des Proletariates entrechtet und unterdrückt wird, nicht nur vom Kapitalismus, sondern auch von der Regierung und von ihren Behörden!

Wenn der Herr Abg. Geck in dieser Richtung gesagt hat, es sei Stoff genug vorhanden für die Regierung, Unrecht abzustellen, sie brauche ihre Zeit nicht darauf zu verwenden, Belehrungen über die Nützlichkeit oder Gefährlichkeit der Sozialdemokratie zu erteilen, so gebe ich Ihnen ohne weiteres zu, daß wir noch viel Unrecht im Lande haben. Aber was arbeiten wir denn von früh bis spät, was arbeiten wir denn anderes, als daß wir dahin streben, dieses Unrecht abzustellen und das Wohl des Volkes zu fördern? Und die Zeit, die darauf verwendet wird, auf Gefahren hinzuweisen, wie wir sie von der Sozialdemokratie befürchten zu müssen glauben, die steht in einem minimalen Verhältnis zu der Arbeit, die wir sonst verrichten! Dieser Appell an die Regierung, daß sie ihre Tätigkeit nützlicheren Dingen zuwenden möge, war meines Erachtens nicht angebracht.

Wenn dann auf die Flugzettelverteilung und auf das schwere Unrecht, was auf diesem Gebiete geschieht, hingewiesen wurde, so ist, was der Herr Abg. Geck hier vorgebracht hat, wohl nicht von großer Bedeutung, es sind einzelne Fälle gewesen. Wenn das Bezirksamt Raftatt z. B. Leute bestraft hat, weil sie Flugzettel von Haus zu Haus verteilt haben, so hat das Bezirksamt Raftatt gefehlt; denn es ist nicht vorgeschrieben, daß man auch vor Verteilung eines Flugblattes von Haus zu Haus ein Pflichtexemplar abgeben muß. Meines Wissens ist übrigens seitens des Gerichtes in dieser Beziehung Remedur erfolgt. Wenn weiter das Bezirksamt verlangt hat, daß vor der Verteilung die Erlaubnis hierzu eingeholt werde, so ist auch hier gefehlt. Aber derartige Fälle werden immer abgestellt, wenn dagegen Beschwerde erhoben wird. Man darf alle solche Einzelfälle nicht verallgemeinern. Wir werden uns über diesen Gegenstand noch des eingehenderen zu unterhalten haben, und ich werde dann in der Lage sein, auf Grund von Erhebungen im ganzen Lande Ihnen zu zeigen, daß die Zahl der Fälle, in denen überhaupt vorgegangen oder unrichtig oder mit besonderer Härte vorgegangen wurde, eine sehr kleine ist.

Wenn dann auf die Handhabung der Wahlbestimmungen im Hanauer Lande hingewiesen

wurde, so sind das ja bedauerliche Vorkommnisse, die übrigens eines gewissen komischen Beigeschmacks nicht entbehren. Es ist ja bei der Erwähnung des Polizeidieners allgemeine Heiterkeit ausgebrochen. Auch derartige Dinge werden abgestellt, wenn sie zur Sprache gebracht werden.

Wenn mir dann vorgehalten wurde, daß ich das Erfurter Programm nicht genügend gelesen habe, so muß ich allerdings zugeben, daß ich mich da geirrt habe. Ich habe gesagt, man wolle auch dem Landmann seinen Acker abnehmen. Nun heißt es da allerdings, daß die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln (Grund und Boden usw.) in Gesellschaftseigentum erstrebt werde, und es ist nachher nur vom Großbetrieb die Rede. Ich habe mich auch überzeugt, daß Kautsky in seiner Schrift über „Die soziale Revolution“, wo er eingehend erörtert, was nach der Revolution zu geschehen hat, sich dafür ausspricht, daß die Kleinbauern und ebenso auch die Kleinbetriebe bestehen bleiben sollen. Nur meint er, daß die Kleinbauern, wenn sie sähen, wie schön die sozialistischen Großbetriebe gedeihen, wie hohe Löhne da bezahlt werden usw., wohl von selber ihre Acker zusammenlegen und sich zu Genossenschaften vereinigen werden, sei es gemeindefeise, sei es auch unter Zusammenlegung mehrerer Gemeinden, und auf solche Weise die Güter einer ganzen Gemarkung oder gar mehrerer Gemarkungen gemeinschaftlich bewirtschaften werden. Im übrigen gibt mir aber gerade das, was Kautsky sonst über die Frage der Konfiskation oder Ablösung ausführt, doch Anlaß, noch einmal auf das Bedenkliche der Pläne der Sozialdemokratie hinzuweisen. Es wird da ausgeführt, ob man die Kapitalien konfiszieren solle, und ob die Behauptung gerechtfertigt ist, die man der Sozialdemokratie entgegenhält, daß sie auch die Spargroschen der armen Leute konfiszieren wolle; er sagt am Schlusse, man habe zu unterscheiden zwischen der primitiven und der verfeinerten Konfiskation, und er empfiehlt die verfeinerte Konfiskation. Die verfeinerte Konfiskation soll darin bestehen: Die Kapitalien sind gegen Schuldverschreibungen an den Staat, die Gemeinden, Körperschaften usw. abzulösen, sie sind von der Gemeinschaft zu verzinsen, von diesen Zinsen aber zieht die Gemeinschaft Steuern ab; es heißt da: „Man kann alsdann die Steuer beliebig hoch schrauben, ohne daß Steuerdefraudationen möglich sind, es wird auch unmöglich, durch Auswanderung der Steuer zu entgehen usw. Unter diesen Umständen wird es möglich, die progressive Einkommens- und Vermögenssteuer so hoch zu schrauben, als man sie braucht, wenn nötig so hoch, daß es einer Konfiskation der großen Vermögen nahe oder gleichkomme.“ So sieht einer der Pläne der Sozialdemokratie aus. So sieht es aus mit der Gerechtigkeit, die man von ihr zu erwarten hat, wenn sie zur Herrschaft gelangt!

Ich glaube, es ist in der Tat angebracht, wenn jemand in verantwortlicher Stellung darauf hinweist, daß es ein sehr gefährliches Spiel mit dem Feuer ist, wenn man die Revolution als etwas möglicherweise nahe bevorstehendes ansieht, wenn man sie in der Beziehung wenigstens wünscht, damit das Proletariat zur Herrschaft gelangt, und wenn man Pläne enthüllt, wie dann das Proletariat diese Herrschaft gebrauchen wird. Soweit diese Pläne bisher enthüllt worden sind, zeigen sie uns einen Sprung ins Dunkle. Die bürgerliche Gesellschaft und die Regierung haben also alle Veranlassung, dahin zu streben, daß auf dem Boden des Bestehenden unser Staatswesen in freiheitlicher und in wirtschaftlicher Beziehung ausgebaut wird. Soweit Ihre (zu den Sozialdemokraten) Ziele berechtigt sind, werden sie sich auch auf dem Wege der friedlichen Entwicklung verwirklichen;

soweit aber eine andere als eine friedliche Entwicklung erstrebt wird, ist es gewiß die Pflicht der bürgerlichen Parteien und der Regierung, dem entgegenzutreten. Die Erfahrung aller politischen Bewegungen lehrt ja, daß in den großen politischen Parteien es die radikale Richtung ist, welche die Oberhand gewinnt. Hoffen wir, daß das hier nicht der Fall sein wird, sondern daß die „zarte Blume des Revisionismus“ von der der Herr Abgeordnete Obkircher so schön gesprochen hat, sich zur herrlichen Blüte entfalten (Weiterkeit). Damit will ich diesen Gegenstand verlassen und von einigen anderen Punkten sprechen, die hier erörtert worden sind.

Der Herr Abg. Obkircher hat die Verordnung über die Reibfeuerzeuge für revisionsbedürftig erklärt. Diese Frage wird geprüft werden; sie bedarf natürlich zunächst einer technischen Prüfung, und wenn sich dann ergibt, daß die Verordnung revisionsbedürftig ist, so wird eine solche Revision vorgenommen werden.

Der Herr Abg. Obkircher hat ferner den Wunsch geäußert, daß bei der Eintreibung der Hundesteuer anders verfahren werde, daß bei nicht rechtzeitiger Bezahlung derselben zunächst Mahnungen hinausgehen sollten, ehe man straft. Auch das wird einer Prüfung unterzogen werden. Die Frage ist nicht ganz einfach; einmal nicht wegen des Wortlauts des Gesetzes, sodann deshalb nicht, weil bei anderen Steuern (bei der Weinsteuer usw.) ähnliche Grundsätze bestehen; aber sie wird geprüft werden.

Er hat dann weiter bedauert, daß im Strafverfahren die Beteiligten nicht immer vorher gehört werden. Auch ich halte das für einen Fehler; ich glaube, es muß auch im polizeilichen Strafverfahren, auch in Vagatellfällen, Grundfah sein, die Beteiligten vorher zu hören. Ich bin sehr gern bereit, Weisung in dieser Beziehung zu erteilen.

Es hat dann der Herr Abg. Hilbert von der Notwendigkeit gesprochen, bezüglich der Noterschlächtungen eine andere Regelung eintreten zu lassen; es seien bedeutende Schädigungen dadurch eingetreten, daß in gewissen Fällen Tierärzte (die ja im Fall einer Noterschlächtungen allein die Beschau vornehmen dürfen) nicht erhältlich waren, daß sie tagelang nicht gekommen seien und das Fleisch bis zur Beschau verdorben sei. Es wird auch das geprüft werden. Ich wäre dem Herrn Abg. Hilbert dankbar, wenn er uns die einzelnen Fälle mitteilen wollte.

Wenn er dann weiter davon gesprochen hat, daß unser Abdeckergesetz sich nicht bewährt habe, und wenn er gebeten hat, man möge von seinem weiteren Vollaufe Umgang nehmen, so werden wir ja wohl bei der Einzelberatung Veranlassung haben, uns darüber noch zu unterhalten, da, wie ich höre, auch von anderer Seite Einwendungen gegen dieses Gesetz erhoben werden. Ich möchte aber nur daran erinnern, daß es sich hier um ein Gesetz handelt — also um eine Bestimmung, die mit Zustimmung der Stände zustande gekommen ist —, und daß man sich zu diesem Gesetze entschlossen hat, weil man die bisherige Art der Kadaverbeseitigung für durchaus ungenügend gehalten hat. Wenn der Herr Abg. Hilbert auf die Abdeckerei Unterlauchringen hingewiesen und gesagt hat, daß dort mit einem Fehlbetrag gearbeitet worden sei und auch noch gearbeitet werde, so möchte ich zunächst daran erinnern, daß er selbst mitgeteilt hat, daß Unterlauchringen im ersten Jahr mit dem Pächter schlechte Erfahrungen gemacht hat; das erste Jahr kann also wohl nicht als maßgebend in Betracht gezogen werden. Ich glaube aber weiter, daß auch die Tatsache, daß im zweiten oder im dritten Jahre ein Fehlbetrag von 6 000 Mark entstanden ist, allein doch noch nicht genügen würde, die Unwirtschaftlichkeit und Unrichtigkeit des neuen Unter-

nehmens darzutun. Man darf doch nicht vergessen, daß die Gemeinden auch vor Errichtung dieser Anstalten Ausgaben für die Abdeckerei gehabt haben; wenn hundert Gemeinden in einen Verband zusammengefaßt werden und diese hundert Gemeinden vorher je 50 Mark Ausgaben jährlich für die Abdeckerei gehabt haben, so macht das einen Betrag von 5 000 Mark. So lange also der Fehlbetrag 5 000 Mark nicht übersteigt, fahren die Gemeinden nicht schlechter als vorher; aber auch wenn der Fehlbetrag 5 000 Mark übersteigt, so muß man sich doch immer fragen, ob der Mehraufwand, der nun von den Gemeinden zu leisten ist, nicht reichlich durch die Verbesserung des Abdeckereiwesens gegenüber dem früheren Zustand ausgemoggen wird.

Es hat dann der Herr Abg. Reiff verschiedene Anregungen gegeben, unter anderen die, daß die Beiträge zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung ähnlich wie die Umlagen, also in Raten, erhoben werden sollten. Ob sich das machen läßt, kann so rasch nicht beantwortet werden; die Anregung wird aber einer Prüfung unterzogen werden.

Er hat dann sehr richtig gesagt, daß eine wirksame Sonntagsruhe auch eine Heiligung des Sonntags voraussetze, und er hat gesagt, daß in dieser Beziehung vielfach gesündigt werde. Ich wäre aber dankbar, wenn er mir einzelne Tatsachen bezeichnen könnte, ob etwa von den Behörden in der Handhabung der bestehenden Vorschriften gesehlt worden ist; ich bin sehr gerne bereit, dann auch hier Abhilfe eintreten zu lassen.

Der Herr Abg. Reiff hat dann von der Peinlichkeit der Revisionsbeamten gesprochen; dieses Thema ist ja früher schon von anderer Seite angeschnitten worden. Auch ich habe mich schon manchmal gegenüber den Revisionsbemerkungen gefragt, ob es nötig ist, jeden Haken anzujagen, und ich habe auch schon gemeint, es könnte hier etwas weniger geschehen. Aber ich glaube, im allgemeinen wird auch seitens der Bezirksamten dahin gewirkt, daß da nicht zu viel mit Kleinigkeiten gearbeitet wird; und dann dürfen wir doch auch nicht vergessen, daß wir gerade dieser peinlichen Revision unserer Gemeinde- und Sparsassen-Rechnungen wohl einen Teil der Blüte unserer Gemeinden verdanken. Wir haben meines Wissens ja eine sehr viel genauere Revision, als sie in anderen Staaten besteht; es wäre sonst nicht möglich, daß in anderen Staaten ein Rechnungsbeamter so viel mehr Gemeinderrechnungen usw. erledigt als bei uns. Ich meine, das Bewußtsein, daß eine so genaue Rechnungsabhör stattfindet, ist ein sehr wirksames Vorbeugungsmittel gegen eine laze Handhabung der Gemeindefinanzen.

Der Herr Abg. Reiff hat dann über die Annuitätendarlehen gesprochen und gesagt, die Empfänger solcher Darlehen seien häufig nicht in der Lage, die Annuitäten zu bezahlen, und gerade für die Landwirtschaft seien die Annuitäten weniger geeignet, da sie wechselnde Erträge habe und deshalb nicht die Sicherheit biete, daß jährlich ein bestimmter Betrag an die Kasse abgeführt werde. Ich halte das nicht für ein durchschlagendes Argument gegen die Tilgungsdarlehen mit Jahreszielen. Es hat eine lange Zeit gegeben, wo der Zinsfuß auch für diese ländlichen Darlehen 5 Proz. gewesen ist, und es haben die Bauern diese 5 Proz. als Zins bezahlen müssen. Wenn sie jetzt, bei günstigerem Zinsfuß, auch diese 5 Proz., aber darunter 1 Proz. für Tilgung bezahlen, so wird ihnen das wohl nicht schwerer fallen, als wenn sie früher 5 Proz. lediglich als Zins bezahlt haben (Zurufe: Sehr richtig!). Sie werden aber dadurch zu einer Befundung ihrer Verhältnisse gelangen, es wird eine allmähliche Entschuldung der Landwirtschaft eintreten

meines Erachtens wohl die Hauptfrage unserer Landwirtschaft. Wenn gesagt wurde, es sollten lieber die Sparfassen jeden beliebigen Betrag annehmen, den der Schuldner abbezahlen will, so ist diese beliebige Abbezahlung durch die Tilgungsdarlehen durchaus nicht ausgeschlossen; meines Wissens ist auch in den Verträgen bezüglich der Tilgungsdarlehen ausdrücklich vorgelesen, daß der Schuldner neben den Annuitäten, neben den Jahreszielen auch beliebige andere Beträge abtragen kann. Ich glaube also, Jeder, der es mit dem Landwirt gut meint, müßte dafür eintreten, daß diese Tilgungsdarlehen immer weiteren Boden in der Landwirtschaft finden (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen). Allerdings darf man dabei nicht zu rigoros verfahren; man muß auch da ab- und zugeben können, man muß auf wirkliche Notfälle Rücksicht nehmen, wo der Landwirt wirklich sein Jahresziel nicht abtragen kann. Aber es können da ja auch die Darlehensfassen eintreten, die unter anderen Bedingungen und Voraussetzungen Kredit gewähren und über derartige Notfälle hinweghelfen.

Der Herr Abgeordnete hat dann Wünsche für das Hardthaus vorgetragen. Die Verhältnisse des Hardthaus werden zurzeit einer nochmaligen eingehenden Prüfung unterzogen, die Sache liegt eben jetzt dem Ministerium vor. Es wird geprüft werden, ob die Verhältnisse in der Tat eine weitere Hilfe erheischen, und die Regierung wird diese Angelegenheit mit Wohlwollen behandeln. Mir selbst ist aus meiner früheren dienstlichen Tätigkeit im Landbezirk Karlsruhe das Hardthaus als eine wohlthätige Anstalt sehr gut bekannt und auch der hochverdiente Vorsteher dieser Anstalt als ein ehrwürdiger Mann, der sein ganzes Leben dem Dienst dieser armen Kinder gewidmet hat.

Abg. **Bauschbach** (konf.): Ich wollte anfangs in der allgemeinen Debatte mich nicht zum Worte melden. Im Laufe der Verhandlungen hat sich aber doch so Manches ergeben, wozu ich ein kurzes Wort sprechen möchte.

Die Rheinschiffahrtsabgaben sind schon vielfach besprochen worden. Ich schließe mich da im allgemeinen den Ausführungen des Herrn Abg. Schmidt-Bretten an. Es ist nicht richtig, was vonseiten der gegnerischen Parteien gesagt wurde, daß nämlich durch die Schiffahrtsabgaben die Rohmaterialien wesentlich teurer würden, denn die Schiffahrtsabgaben machen ja nur den Bruchteil eines Pfennigs auf den Doppelzentner aus. Nach wie vor behaupten wir, daß der Nutzen der freien Wasserstraße in erster Linie dem Großkapital zugute kommt. Das Großkapital ist ja leider so mächtig geworden, daß es die durch die freie Wasserstraße gebotenen Vorteile nun in seiner eigenen Tasche festhalten kann. Die Lage ist, kurz gesagt, die: Der Staat unterhält die Wasserstraßen, und einzelne Großindustrielle haben den Nutzen davon; alle Steuerzahler müssen zu der Unterhaltung der Wasserstraßen beitragen, und nur wenige haben den Vorteil davon.

Die Kleinschiffahrt, und damit meine ich besonders die Neckarschiffahrt, sollte allerdings mit Schiffahrtsabgaben nicht belastet werden, denn die kleinen Schiffe, die auf dem Neckar verkehren, brauchen ja nur eine Wasserstraße von geringer Tiefe, also keine ausgebaute Wasserstraßen. Die Neckarschiffahrt hat außerdem einen sehr kümmerlichen Stand und mit großer Konkurrenz zu kämpfen. Wenn nicht vonseiten des Staates Mittel und Wege gefunden werden, um der Kleinschiffahrt, d. h. der Neckarschiffahrt, unter die Arme zu greifen, so wird diese in der nächsten Zeit dem Untergang geweiht sein. Es wird von der Neckarschiffahrt geklagt, daß die Eisenbahnen ihr so viel Konkurrenz machen; andererseits wird durch den niedrigen Wasserstand die Neckarschiffahrt sehr oft im

Laufe des Jahres unmöglich gemacht. Jedenfalls kann die Neckarschiffahrt in dem gegenwärtigen Zustand nicht mehr weiter bleiben; ich möchte die Grohh. Regierung dringend bitten, die Interessen der Neckarschiffahrt nach Möglichkeit zu unterstützen und ihr aufzuhelfen.

Mit der Besserung der Lage der mittleren und unteren Beamten sind wir gleichfalls voll und ganz einverstanden. Meine Freunde und ich sind jederzeit für die Besserung der Verhältnisse des Beamtenstandes eingetreten.

Befremdet hat uns die Abweisung unseres Antrages wegen eines ministeriellen Hinweises an die Beamtenchaft bezüglich der Nichtbeteiligung bei den Konsumvereinen. Bei den mittelfränkischen Wählern dürfte die Verwerfung unseres gutgemeinten Antrages den Eindruck hervorrufen, daß man für ihre Lage und Klagen kein Herz und kein Verständnis habe. Leider ist die landläufige Ansicht, daß dem Mittelstande überhaupt nicht mehr zu helfen sei. Für den Beamten- und Arbeiterstand tritt man ein, aber man hat kein Verständnis und kein Herz für den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand.

Einsichtlich der Strafsachen bin ich der Ansicht, daß man nicht wegen jeder Lappalie strafend vorgehen sollte, wie das bereits verschiedene Herren Vorredner ausgeführt haben. Wenn beispielsweise der Fuhrmann seine Laterne oder seine Tafel mit dem Namen an den Wagen zu hängen vergißt, so sollte man zuerst mit einer Verwarnung kommen. Auch wenn die Landbewohner aus Unkenntnis oder Unwissenheit gegen die Bauordnung verstoßen, sollte man nicht gleich mit Strafen vorgehen, denn die Leute werden dadurch nur verbittert. Es sollte auch hier mehr in belehrender Weise den Bauenden entgegengekommen werden.

Es muß ja anerkannt werden, daß ein großer Teil der Herren Beamten dem Publikum gegenüber höflich ist; diese Herren haben ihren Beruf richtig erfaßt; denn sie wissen ganz genau, daß sie für das Publikum da sind und nicht umgekehrt. Diese Herren haben auch immer Zeit zur Auskunftserteilung und zu Belehrungen. Nur ein kleiner Teil der Herren Beamten tut das Gegenteil. Ich wünsche nur, daß die Herren Minister, die selbst ein Beispiel von Wohlwollen sind, diesem kleineren Teile der Herren Beamten als Muster dienen möchten.

Was schon von mehreren der Herren Vorredner über das wandernde Volk gesagt wurde, das möchte ich auch voll und ganz unterstützen. Nach meiner Ansicht sollten dem wandernden Volk keine Wandergewerbescheine ausgestellt werden. Denn diese Leute sind eigentlich doch keine Gewerbetreibende, sondern ihr angebliches Gewerbe ist doch nur ein versteckter Bettel. In Wahrheit treiben sie alles, was verboten ist, sie fischen, sie jagen, sie stehlen auch. Ich möchte die Grohh. Regierung dringend bitten, hier einmal grundsätzlich Wandel zu schaffen, damit die Landbevölkerung endlich von dieser Plage befreit wird.

In kultureller und wirtschaftlicher Beziehung ist vonseiten des Staates in dankenswerter Weise schon sehr viel geleistet worden. Ich sehe im Budget Gelder eingestellt für Förderung von Rechtsauskunftsstellen, für Gewinnung von ärztlicher und tierärztlicher Hilfe, für Waldbauplantagen, für Flußüberfahrten, für Kreis- und Landstraßen und für Wasserleitungen. Es bleibt aber trotzdem viel zu wünschen übrig, es ist noch sehr vieles verbesserungsbedürftig. Namentlich befindet sich noch manche Gemeinde in großer Wassernot. Ich habe selbst ein solches Beispiel voriges Jahr kennen gelernt: Ich hatte Gelegenheit, einem Dorf meines Wahlbezirks einen Besuch abzustatten. Als es Zeit war zur Weiterfahrt, war kein Wasser vorhanden, um die Pferde zu

tränken. Es war der Ort Kälbertshausen. Diese Gemeinde ist nun eben daran, mit dem Großh. Bezirksamt und der Kulturinspektion in Mosbach wegen Ausarbeitung eines Wasserleitungsprojekts in Unterhandlung zu treten, es wird alsdann eine Petition an die Großh. Regierung gelangen, und ich möchte die Großh. Regierung schon jetzt bitten, dieser Gemeinde einen namhaften Staatszuschuß bewilligen zu wollen.

Es ist vom Herrn Kollegen Neuwirth darauf hingewiesen worden, daß schon seit 10 Jahren an einem Reichsviehseuchen-Versicherungsgesetz gegen Tuberkulose herumgebockert wird. Leider ist das Gesetz noch nicht zustande gekommen. Wenn dieses Gesetz zustande kommt, wird es jedenfalls nur zum Vorteil der Landwirtschaft sein.

Es ist mir von Seiten eines Tierarztes geklagt worden, daß Tierärzte nicht die Berechtigung haben, auch Güterzüge zu benützen. Es sei ihm seinerzeit vorgekommen, daß er eine 5 1/2 km lange Strecke auf dem Güterzug habe zurücklegen müssen; dafür habe er 3 M. Grundtage und ein Billet 1. Klasse bezahlen müssen. Die Tierärzte sollten doch die Berechtigung haben, jeden beliebigen Zug zu normalem Fahrpreise zu benützen. Ich möchte die Großh. Regierung bitten, sich mit dem Eisenbahnministerium ins Benehmen zu setzen, daß den Tierärzten diese Berechtigung gewährt wird; denn es liegt das auch im allgemeinen Interesse der Landwirtschaft.

Zum Schluß möchte ich dem Herrn Ministerialpräsidenten von Bodman meine Anerkennung aussprechen. Es ist sehr erfreulich, daß der Herr Minister den Mut hat, der revolutionären Partei entgegenzutreten. (Nachen bei den Sozialdemokraten.) Im vorigen Landtag hatte ich den Eindruck, daß sich um die Sozialdemokratie gewissermaßen alles drehte. Diesmal scheint ihr ein Damm entgegengesetzt zu werden. Es wäre auch höchste Zeit, daß sich die Thron und Altar erhaltenden Parteien gegen den Geist der Revolutionären fest zusammenschließen.

Abg. Gießler (Zentr.): Einige Ausführungen des Herrn Kollegen Ged von der sozialdemokratischen Partei veranlassen mich, heute noch das Wort zu nehmen. Vor allem sind es die Ausführungen, die er gegen die Zentrumsparthei bezüglich ihres Zusammengehens mit der Sozialdemokratie gerichtet hat. Er hat gemeint, die Zentrumsparthei stehe grundsätzlich auf demselben Standpunkt wie der Herr Minister, und nehme ihre Kenntnis auch her aus der München-Gladbacher Moritandrehorgel. Die Herren empfinden es wohl außerordentlich unangenehm, daß der katholische Volksverein und seine Zentrale in M.-Gladbach der Sozialdemokratie überall so energisch entgegengetreten, und daß die Sozialdemokratie in der katholischen Welt einen Damm gegen ihre umstürzlerischen Bestrebungen findet. Zur Aufklärung gerade der breiten Massen tragen die Schriften der M.-Gladbacher Zentrale außerordentlich viel bei und zwar nicht durch Entstellung sondern durch Enthüllung der wahren Ziele der Sozialdemokratie. Der Herr Kollege Ged hat uns ja heute eine außerordentlich ideale Darstellung von den Zielen der Sozialdemokratie gegeben und hat gemeint, Alles könne nur durch die Entwicklung erreicht und Alles nur durch die Entwicklung vollkommen werden; die Vorwürfe, die man der Sozialdemokratie mache, als ob sie die Grundpfeiler unserer jetzigen Gesellschaft untergraben und umstürzen wolle, seien vollständig unberechtigt. Es war eine schöne Darstellung der Blüte des Revisionismus. Aber wir sind nicht der Meinung des Herrn Ministers, daß der Revisionismus zur vollen, blühenden Entfaltung kommen solle (Abg. Kolb: Das wäre auch gefährlich für Sie!), sondern wir sind der Ansicht, daß, wenn die revisionistischen Gedanken zur

Blüte und Frucht kommen, es eine vergiftete Frucht für die menschliche Gesellschaft sein würde (Zustimmung im Zentrum). Das Endziel ist bei den Revisionisten genau dasselbe wie bei den Radikalen (Sehr richtig! von den Bänken der Sozialdemokratie). Das bestätigen also die Herren selbst. Wir haben daher auch immer nur das Endziel im Auge. Und deswegen, weil dieses Endziel die Abschaffung des Privateigentums ist (wenn Sie das auch heute wieder nicht zugeben wollen, aber die konsequente Entwicklung Ihrer Gedanken ist es doch), weil Sie eine revolutionäre Partei sind und weil Sie eine Partei sind, die den religiösen Einfluß untergräbt, deshalb sind wir gegen Sie. Insbesondere der letztere Gesichtspunkt ist heute ganz deutlich aus der Rede des Herrn Kollegen Ged hervorgetreten, wenn er von der Befreiung der Schule von der Kirche gesprochen hat. Das ist für ihn der Weg, den religiösen Einfluß auf das Volk zu untergraben. Nach unserer Auffassung gehört aber in die Schule die Erziehung, und zur Erziehung gehört hauptsächlich das Mittel der Religion (Zustimmung im Zentrum).

Auf die Einzelheiten Ihres (zu der Sozialdemokratie) Programmes möchte ich mich heute nicht einlassen; es hat ja das auch keinen großen Zweck. Nur auf die Äußerung des Abg. Ged bezüglich der revolutionären Gedanken möchte ich kurz hinweisen. Der Herr Abg. Ged hat mit schönen Worten von der Entwicklung in der Geschichte gesprochen, er hat aber immer, wenn er einen Zeitpunkt anführte, in welchem die von ihm geschilderte Entwicklung eingetreten ist, Jahre nennen müssen, in welchen blutige Revolutionen stattgefunden haben, die französische Revolution, das Jahr 1848 usw. Einer solchen Entwicklung wollen wir aber entgegen treten, wir wollen nicht ein 1848, und wir wollen noch viel weniger die Jahre 1789—93 erleben, und deswegen arbeiten wir mit allen Kräften gegen Sie. Wir stehen auf dem Standpunkt des Herrn Ministers, daß ein Staatsbeamter nicht Sozialdemokrat sein soll. Wir haben schon ausgeführt, daß ein Beamter ja Ansichten haben kann, welche er will, er soll auch unter Umständen sozialdemokratische Gedanken haben können; aber wenn er diese Ansichten irgendwie in die Tat umsetzt, verträgt es sich mit dem, was er als Beamter dem Staat und der Gesellschaft schuldig ist, nicht, vereinigt sich auch nicht mit den Pflichten, die er auf Grund des Beamtengesetzes hat. Das Beamtengesetz beruht auf der Verfassung, ein Bestandteil unserer Verfassung ist auch unsere Monarchie. Deswegen geht es meines Erachtens nicht an, daß ein Staatsbeamter den Beamteneid leistet und nachher sozialdemokratische Agitation treibt. Das widerspricht unseren übrigen Grundsätzen absolut nicht. Wir sagen, daß diejenigen, welche auf eine Untergrabung der bestehenden Staatsordnung hin arbeiten, nicht im Dienste des Staates selbst sein können, weil das ein Gegensatz ist, der nicht ausgeglichen werden kann. Wenn jemand als Arbeiter im Staatsbetrieb tätig ist, dann soll er, wie wir das in unserer Resolution gesagt haben, ruhig sein Bürgerrecht und sein Wahlrecht ausüben, aber er soll nicht zur Agitation übergehen gegen denselben Staat, der ihn beschäftigt. Nur von der Agitation und von der Provokation zur Agitation haben wir gesprochen, von allem anderen aber nicht.

Wenn wir davon gesprochen haben, daß die Beamten der inneren Verwaltung nicht in ihrem Bezirk als Wahlagitatoren auftreten sollen, so war das nur in dem Sinne gemeint, daß sie nicht einseitig für eine Partei eintreten sollen, wie das früher der Fall war. Wir wollen ihnen durchaus nicht das Recht beschränken, als Bürger aufzutreten auch im Wahlkampf, aber selbst

verständlich immer in den Formen, wie es Beamten an sich geziemt, in „angemessenen Formen“, wie der Herr Kollege Obkircher gesagt hat. Wenn wir das verlangt haben, daß die Verwaltungsbeamten nicht in ihrem eigenen Bezirk auftreten sollen, so haben wir das deshalb getan, weil der Verwaltungsbeamte dort ein Imperium, weil er dort große Machtmittel hat. Diese sollen die Verwaltungsbeamten nicht einseitig zu Gunsten einer Partei verwenden dürfen, wie es früher durch das ganze Land hindurch der Fall war; sie sollen nicht für eine Partei als Wahlagitator mitarbeiten. Wir sind überhaupt der Meinung, daß jeder Beamte zunächst in dem Bezirk, in welchem er in engere amtliche Fühlung mit der Bevölkerung kommt und sein muß, auch die Agitation einschränkt. Ich habe es, so lange ich in einem Bezirke war, wo ich mit allen Bürgern zu tun hatte, 10 Jahre lang vermieden, überhaupt eine politische Versammlung abzuhalten. Aus meinem politischen Standpunkt machte ich natürlich nie einen Fehl. An der politischen Aufklärungsarbeit im übrigen können sich Beamte beteiligen, und wenn die Eisenbahnbeamten von Offenburg hinaus gehen und agitieren in angemessener Weise, so kann man das nicht verbieten.

Der Herr Abg. Geck hat dann im Laufe seiner Ausführungen weiter gemeint, das Zentrum sei erst in den letzten Tagen überführt worden, daß es mit der Sozialdemokratie ein Bündnis gesucht habe. Dieser Punkt ist die Hauptveranlassung, weswegen ich spreche. Wir haben schon mehr als einmal hier konstatiert, daß die Zentrumsleitung und die Zentrumsparthei als solche noch niemals, auch nicht im schwersten Kampfe gegen die Nationalliberalen, mit den Sozialdemokraten ein Abkommen getroffen hat. Unsere Wahlparole war immer „gegen die Nationalliberalen“, weil wir ihre Macht brechen wollten, aber niemals „für die Sozialdemokraten“. Wenn einzelne Wähler ihre Stimme einem Sozialdemokraten gegeben haben, um von ihrem Wahlrecht überhaupt Gebrauch machen zu können, so haben wir solches immer bedauert.

Es wird nun gesagt, daß wir gerade beim letzten Wahlkampf Fühlung mit der Sozialdemokratie gesucht hätten, daß wir also gar keine Veranlassung hätten, gegenüber dem Bündnis, das die nationalliberale Partei, das der Kleinblock mit den Sozialdemokraten zum Großblock schloß, irgend etwas zu sagen. Von vornherein ist da doch ein Unterschied zu machen, denn es sind im letztgenannten Falle direkte Abmachungen auf Gegenseitigkeit gemacht worden, was Herr Geck heute auch ausdrücklich bezüglich der Wahl von Schopfheim-Schöndau hervorgehoben hat; er hat wiederholt das Wort Gegenseitigkeit unterstrichen und betont, daß die Sozialdemokratie mit anderen Parteien niemals zusammengehe, wenn nicht eine Gegenseitigkeit verbürgt sei. Von so etwas war aber zwischen der Sozialdemokratie und uns niemals die Rede. (Lachen auf der Linken; Abg. Früh auf: Bayern!) Wir sind jetzt in Baden (Heiterkeit). Für Bayern haben wir, Herr Früh, das schon wiederholt auseinandergesetzt (Abg. Dr. Binz: Ein bekannter Witz! Lachen links.) Wenn das in Bayern geschehen ist — es ist übrigens nur einmal geschehen (Heiterkeit) —, so war es nur zu dem Zwecke, um das direkte Wahlrecht gegen die Nationalliberalen durchzubringen.

Wir haben den Herren von da drüben (zu den Nationalliberalen) übrigens zumeist deswegen einen Vorwurf aus dem Bündnis mit den Sozialdemokraten gemacht und das immer so hervorgehoben, weil gerade Sie diejenigen waren, die uns immer nach oben anschwärzen wollten und angeschwärzt haben, weil wir für Sozial-

demokraten (Zurufe; Lachen bei den Nationalliberalen) gestimmt hätten, weil Sie gegen uns ein so großes Verbrechen daraus konstruieren wollten und nachher dasselbe Verbrechen, das Sie uns fälschlicherweise nachgesagt haben (Lachen bei den Nationalliberalen), dann selbst begangen haben.

Und nun zu dem, was wegen Mannheim von der letzten Wahl her gesagt wird! Es soll das in der „Volksstimme“ enthüllt sein, und nun steht in der „Volksstimme“, daß der Herr Redakteur Brey am dritten Tage nach der Landtagswahl bei dem verstorbenen Führer Dreesbach war. Ich habe bereits den Herrn Staatsminister darauf aufmerksam gemacht, daß wir schon am Freitag hier in Karlsruhe die Wahlparole festgestellt und publiziert hatten, daß wir allein für uns vorgehen würden. Es kann also nicht eine Sondierung vor sich gegangen sein im Auftrag der Parteileitung, weil das nicht mehr notwendig, nicht mehr möglich war, weil unsere Wahlparole schon draußen war. Ein Bündnis mit der Sozialdemokratie abzuschließen, hatte doch keinen Sinn mehr, nachdem wir unseren Beschluß gefaßt und vor dem ganzen Lande publiziert hatten. Das vergessen Sie immer, das vergißt auch die „Frankfurter Zeitung“, welche in einem Artikel darüber spricht. . . (Zuruf aus den Reihen der Nationalliberalen: Mosbach!) Mosbach? Das war doch im ersten Wahlgang, das können Sie doch nicht auführen! Also, daß diese Sondierung unmöglich in irgend einem Auftrag der Partei geschah, das ist durch die Tatsachen festgestellt. Und wenn nun ein Redakteur mit anderen Redakteuren und mit Führern anderer Parteien einmal zusammengeht und sondiert, wie es betrefft einer Wahl gehalten werden soll, was ist denn da Besonderes daran? Er will sich doch nur orientieren, wie er nachher seine Artikel schreibt. Also der Gang des Herrn Brey zum Herrn Dreesbach, den er persönlich sehr gut kannte, hat gar nichts Auffälliges an sich. Dreesbach war doch von uns immer als ein außerordentlich erfahrener Mann, als ein hochangesehener Parteiführer angesehen, mit dem man auch über Wahlangelegenheiten vernünftig sprechen konnte. Und wenn Herren, die einander persönlich kennen, in einem solchen Augenblick einmal zusammen die Sachlage besprechen, so ist das gar nichts Auffälliges.

Und nun kommt der andere Fall vom Jahre 1890! Ich habe nicht geglaubt, daß derselbe noch einmal angeschnitten wird, nachdem er doch durch einen Zwischenruf von mir und durch die Ausführungen des Herrn Neubaus genügend aufgeklärt worden ist. Ich habe damals schon gesagt, und ich kann heute auf Grund des Materials sagen: Es war ein gefälschtes Schriftstück, das damals hinaus ging. Der Beschluß des engeren Komitees, des Provinzialkomitees, war, nicht mit den Sozialdemokraten zusammen zu gehen, sondern für sich zu bleiben, allerdings auch nicht für die Nationalliberalen einzutreten. (Abg. Dr. Obkircher: Unter keinen Umständen!) So hat die Parole überall gelaundet. Aber in dem Schriftstück steht, daß man beschloß hätte, die Sozialdemokraten zu unterstützen. Das ist niemals ausgemacht worden; das ist die Fälschung daran. Die Unterschrift des Vorstehenden ist eben von dem damaligen Schriftführer daruntergesetzt worden. Sobald das aber bekannt wurde, hat man Gegenschritte getan. Wie und auf welche Weise die Fälschung entstanden ist, das haben die Herren, die beteiligt waren, niemals aufklären können, obwohl mancher schlimme Verdacht da war. Und wie jener Brief in die Hände der anderen Partei gekommen ist, das ist auch nie aufgeklärt worden. Wenn es richtig gegangen wäre, dann hätte er an den Erstunterschiedenen, an den Vorstand zurückkommen müssen; er ist aber nicht dahin zurückge-

kommen, sondern in die Hände der Gegenpartei gelangt; sobald man aber von einem Mann der Gegenpartei das erfahren hat, hat man sofort Gegenschritte getan. Das kann schriftlich nachgewiesen werden, wenn auch alle Originale heute nicht mehr vorhanden sind. Die Herren, die damals die Sache in der Hand gehabt haben, sind leider größtenteils tot und können deswegen heute nicht mehr als Zeugen auftreten. Aber diese Fälschung muß nun einmal vor dem Lande öffentlich festgestellt werden, damit nicht wieder, wie es leztlich hier im Hause geschehen ist, diese alte, längst widerlegte Geschichte aufgefressen wird.

So verhält es sich also mit diesem angeblichen Zusammengehen des Zentrums mit der Sozialdemokratie! Nein, wir sind niemals mit ihr zusammengegangen und werden niemals mit ihr zusammengehen (Lachen bei den Liberalen), weil wir in der Grundanschauung eben absolut ihre Gegner sind und bleiben werden (Abg. Dr. Obkircher: Die bayerischen Zentrumsleute sind nicht Gegner! Anderer Zuruf: Bloß die Schriftführer und der Vorsitzende!).

Nun hat der Herr Kollege Geck auch davon gesprochen, Sie (zu den Sozialdemokraten) würden ja doch in dieses Haus hereinkommen, auch wenn Sie weder von uns noch von da drüben (den Liberalen) unterstützt würden. Gewiß werden Sie, solange Sie eine so große Anzahl Anhänger haben, hier herein kommen. Und wenn Sie durch die Stimmen Ihrer Anhänger hier hereinkommen, werden wir mit Ihnen auch künftig immer sachlich zusammenarbeiten, wie wir es in der Vergangenheit getan haben. Wir wissen auch und anerkennen das, daß auch Sie in Ihrem Programm und in Ihren Bestrebungen vieles haben, was wir unterstützen können, daß Sie an der Besserung der Schäden unserer Zeit mitarbeiten, daß Sie vielleicht nur zu tief hier und da die Sonde in die Schäden der Zeit hineinlegen und dann dadurch Schaden statt Nutzen. Aber soweit Sie wirkliche Schäden bloßlegen, arbeiten wir mit Ihnen, und soweit Sie richtige Mittel zur Heilung angeben, arbeiten wir auch mit Ihnen. Wir lassen es uns aber nicht nehmen, immer auch selbständig zu arbeiten und zu bessern und unsere eigenen Wege nach jeder Richtung zu gehen.

Was wir nicht anerkennen und was wir nicht mitmachen können, das ist die Art Ihrer Agitation (worauf der Herr Minister vorhin aufmerksam gemacht hat und worauf schon der Herr Minister Schenkel aufmerksam machte), die Verhetzung der Arbeiter, und die Verhetzung der Bürger und Wähler draußen. Deswegen treten auch unsere Leute und die katholischen Arbeiter Ihnen so gegenüber, weil diese nicht den Klassenkampf predigen wollen, sondern nur das Klassenbewußtsein, aber stets auch das Zusammenarbeiten mit den anderen Klassen.

Sie haben gesagt, Sie würden in dieses Haus hereinkommen und zwar in derselben Zahl, wenn der Proportionalwahlsystem das letzte Mal gehabt hätten, dann wären wir auf dieser Seite nicht zu 28 sondern zu 32 Mann hier. (Abg. Dr. Frank: Schmerzlich!) Ob es das nächste Mal so geschehen wird, wird die Wahl von 1909 zeigen. Ich hoffe, daß die Treue der Wähler und die Zugkraft unserer Tätigkeit, unseres Programms es uns noch ermöglichen wird, noch über die 28 hinaus zu kommen. (Heiterkeit und Zurufe seitens der Sozialdemokraten.) Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) für sich bleiben, dann werden wir es vielleicht sehr leicht erreichen. (Zwischenruf.) Sie wären ja garnicht hier, Herr Zhrig, sondern ein Zentrumsmann, wenn die Herren für sich geblieben wären. (Zuruf des Abg. Zhrig; Heiterkeit; Glocke des Präsidenten.)

Nun möchte ich noch auf ein Wort, das der Herr Abg. Dr. Obkircher am letzten Samstag gesprochen hat, zurückkommen. Er hat gemeint, die Antwort des Herrn Ministers an den Herrn Kollegen Kopp sei die Darreichung eines Glases kalten Wassers gewesen. Er hat offenbar gemeint, es solle die Wärme, von der er im Satz vorher gesprochen hat, bei uns dadurch abgekühlt werden, oder wir würden dadurch ernüchtert worden sein. Ein Glas kalten Wassers ist immer erfrischend und ist immer gesund, wenn man eine gute Konstitution hat; und die haben wir gottlob noch! (Bravo! bei den Natl.) Wir hielten nicht um die Liebe der Ministerbank, wir sind froh, wenn die Geschicke des Landes gerecht von dort aus geleitet werden, und deswegen brauchen wir nicht, wie das angedeutet worden ist, etwa mit besonderer Liebe und besonderer Wärme unsere Reden hier einzurichten. Es scheint mir aber, daß die Darlegungen des Herrn Ministers, daß nun ein Zentrumsmann als Regierungsassessor in die Verwaltung aufgenommen worden sei, eher ein Schluck kalten Wassers, wenn nicht ein kalter Wasserstrahl, für Herrn Obkircher war, der vielleicht die Befürchtung hat, daß dem einen noch viele andere nachfolgen können, und deshalb vorsorgen möchte, daß das in Zukunft nicht mehr geschieht. (Abg. Dr. Obkircher: Ja freilich!)

Wir verlangen nur, daß in der Regierung alle die Elemente, die auf dem Boden der bestehenden Ordnung und der Verfassung stehen, Platz haben und selbstverständlich dort dann auch ihre politische Tätigkeit entfalten können. Wenn Abg. Obkircher gesagt hat, einen parteilosen Mann, der gar keine persönliche Ueberzeugung hat, wolle er nicht, so stimmen wir darin mit ihm überein; einen solchen verlangen wir auch gar nicht! Jeder Verwaltungsbeamte soll seine politische Ueberzeugung haben! Er soll aber als Verwaltungsbeamter nicht nachher im Dienste einer Partei als solcher stehen und dann in unangemessener Weise auftreten. Gerade der Umstand, daß manche Herren Hauptagitatoren in ihren eigenen Wahlbezirken sind, ist es, was Anstoß erregt, und was wir bekämpfen. Wenn der Herr Dr. Obkircher gemeint hat, es müsse bei den Verwaltungsbeamten, welche als Agitatoren aufgetreten seien, mit dem Verlust des Vertrauens der Bevölkerung doch nicht so weit her sein, weil man ihnen ja von unserer Seite nachgerühmt habe, daß sie in ihrem Bezirke sogar segensreich gewirkt haben, da möchte ich denn doch die Frage stellen: Wie ungeschickt, wie mangelhaft müßte ein Verwaltungsbeamter sein, der, wenn ihm reiche Mittel zur Verfügung stehen, in seinem Bezirke nicht auch Segen spenden könnte (Abg. Kopp: Sehr richtig!), und nicht vieles auf wirtschaftlichem Gebiete durchsetzen könnte? Das wäre allerdings ein außerordentlich schlechtes Zeugnis. Aber man wird auch fragen können: Wäre vielleicht in dem oder jenem Bezirke nicht noch mehr geleistet worden, wenn die verbitternde Wahlarbeit des Beamten nicht dazu gekommen wäre, und wäre das Vertrauen nicht noch viel höher gewesen? Wir von unserer Seite anerkennen das immer offen, was von anderer Seite geschieht. Wenn Sie (zu den Liberalen) auch unsere politischen Gegner sind, wir haben das, was vom Herrn Minister Dr. Schenkel und was vom Herrn Minister Eisenlohr für das Wohl des Volkes geschehen ist, auch hier immer unumwunden anerkannt; trotzdem waren wir doch die größten politischen Gegner. Jeder von uns, jeder Wähler und jeder einfachste Mann draußen anerkennt die segensreiche Tätigkeit eines Verwaltungsbeamten, wenn er auch vielleicht hundertmal die politische Arbeit desselben mißbilligt. So objektiv sind wir doch auf unserer Seite. Aber deswegen muß man es doch bedauern, wenn der Verwaltungsbeamte einseitig in unangemessener Weise als Agitator in Wahlarbeiten auftritt. Wir haben

es doch auch früher schon wiederholt erlebt, daß nicht allzu lange nach den Wahlen Verlegungen in einzelnen Bezirken vorgenommen werden mußten, nicht deswegen, weil das Vertrauen allzu stark gewachsen war, sondern weil man fürchten mußte, daß es ins Schwanken geraten war. Das sollte man doch dabei nicht vergessen!

Der Herr Abg. Otkircher hat gemeint, in der Schrift „Waldmichel“ sei die Reinkultur des Ultramontanismus dargestellt. Ich meine, Sie (zu den Nationalliberalen) sind über diesen Waldmichel so aufgeregt geworden (Heiterkeit bei den Nationalliberalen), weil das böse Gewissen bei Ihnen über die Laten geschlagen hat, die im Kulturkampf von Ihrer Seite verübt worden sind (Sehr richtig! beim Zentrum), und weil Sie befürchteten, daß durch die Aufklärung bei der Wahlarbeit — der Waldmichel war ja nur eine Wahlarbeit, ein Wahlflugblatt — die Leute zur Ueberzeugung kommen, man müsse sich vorsehen, daß Derartiges später nicht mehr geschehe, und deswegen bei der Partei bleiben, welche Gegner des Kulturkampfes ist. Das ist es, was Sie so sehr irritiert! (Abg. Dr. Otkircher: Was uns gar nicht irritiert!) Was hat denn der Verfasser des „Waldmichel“, darf ich doch heute auch einmal fragen, seitdem er hier ist, getan? Was hat er durch seine Arbeit im Lande, wo er so vielfach auftritt, getan? Hat er Veranlassung dazu gegeben, an seiner Staatsstreue irgend einen Zweifel zu hegen? Hat er nicht unter uns mitgearbeitet wie jeder von Ihnen? Steht er nicht auf dem Boden der Verfassung? Und arbeitet er nicht auch an der Hebung des Wohles des Volkes mit? (Beifall beim Zentrum?) Diese Fragen darf man wohl auch einmal stellen! Darnach ist der Mann zu beurteilen, was er in der Öffentlichkeit arbeitet! (Sehr gut! beim Zentrum.)

Es macht, da will ich auch offen zu der Regierungsbank sprechen, wiederholt den Eindruck, als ob man glauben möchte oder darauf hoffte, es sei ein Zwiespalt bei uns im Zentrum zwischen denen, die man als Anhänger des Waldmichel ausgibt, und zwischen Anderen, die man als „Gemäßig“ hinstellt. Die Spekulation ist ganz verfehlt! (Beifall im Zentrum.) Wir sind in den Grundsätzen einig und haben unsere Hauptziele, die in unserem Programm festgelegt sind; darnach arbeiten wir alle miteinander, stehend auf der Verfassung, stehend auf dem Programm, das nur auf christlicher Grundlage das Wohl des Volkes fördern will, und dieses hohe Ziel werden wir miteinander im Auge behalten und uns niemals trennen.

Es ist aber fast Mode geworden, mit dem Worte „Waldmichel“ einen beschimpfenden Begriff zu verbinden. (Oho!) Gewiß, in dieser Anwendung kommt es wiederholt in Versammlungen und in Zeitungen vor. (Abg. Dr. Vinz: Da ist der Waldmichel selbst schuld!) Nein, da ist die Art und Weise, wie Sie das Werk benützen, schuld daran und nicht der Inhalt und noch viel weniger die Person des Verfassers! Dagegen möchte ich doch auch einmal ein Wort sagen. Glauben Sie denn nicht, daß das bei uns verbittert und verbittern muß, daß das draußen im Volke auch diese Wirkung hat? Wir könnten dies ja begrüßen, wenn wir nur Wahlaktivist treiben wollten, weil wir wissen, daß dann unsere Wähler erst recht fest hinter uns stehen würden; je mehr Sie den Waldmichel in der Art anwenden, desto mehr Leute werden in unsere Reihen hinübergehen, weil ihnen das zuwider ist und zuwider werden wird. Darauf können Sie sich verlassen! (Abg. Dr. Vinz: Freuen Sie sich doch!) Deshalb ist es auch nicht angemessen, wenn von der Ministerbank aus das Wort so gebraucht wird, wie ich es in der Zeit seit dem letzten Landtage in sozialdemokratischen Zeitungen oder dann und wann in einem liberalen Blatte zu lesen gewöhnt war.

Unser Standpunkt ist: Wir stehen auf der Verfassung, geben dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist, und lassen den Spruch: „Ehret den König! seid Untertan der Obrigkeit“ auch gelten, wenn die Obrigkeit nicht gut ist. Das werden wir immer festhalten, wie es unsere Partei überall festgehalten hat, in schlimmen Tagen, auch dann, wenn es in stürmischen Zeiten gegen den Thron gegangen ist. Darauf können Sie sich verlassen, daß die „Waldmichelbauern“ und die „Waldmichelanhänger“, die auf diesen Grundsätzen stehen, eine feste Phalanx sein werden für Thron und Altar (Lebhafte Beifall beim Zentrum.)

Abg. Dr. Vinz (natl.): Der Herr Abg. Giesler hat eben am Schluß seiner Rede ausgerufen, die Waldmichelanhänger seien die berufenen Vorkämpfer für Thron und Altar! (Abg. Dieterle: Sind sie doch!) Das wird man wohl am besten an ihren Ausprüchen ermessen können, und diese finden sich in sehr großer Zahl eben in dem sogenannten Waldmichel. Das, was sich der Waldmichel gegenüber dem Throne geleistet hat, hätte den Herrn Abg. Giesler — dem ich sonst ein Empfinden für das Richtige in diesen Dingen zutraue — abhalten müssen, den Waldmichel als Kronzeugen dafür anzuführen, daß seine Anhänger wahre Stützen des Thrones sind.

Der Herr Abg. Giesler hat den Herrn Minister in die Schule genommen, und zwar auf einem Gebiete, das dem Herrn Minister besonders naheliegen muß; an staatsrechtlicher Gesinnung ist der Herr Abg. Giesler nach seiner Erklärung dem Herrn Minister um etliche Längen voraus. Der Herr Minister hat in seiner heutigen Rede erklärt, er würde es begrüßen, wenn das zarte Pflänzlein „Revisionsismus“ in der Sozialdemokratie zur Blüte gelangen würde. Dem ist der Herr Abg. Giesler entgegengetreten und hat erklärt, daß das Zentrum keineswegs auf diesem Standpunkt stehe; es bekämpfte auch den sozialdemokratischen Revisionsismus, es sei keineswegs erwünscht, daß der Revisionsismus sich zur Blüte entfalte. (Abg. Kramer: Das glaube ich! — Heiterkeit.) Er müsse wie der Revolutionarismus bekämpft werden. Der Herr Minister wird, wie auch das ganze Hohe Haus, bemerkt haben, worauf diese freundliche Unterscheidung des Herrn Abg. Giesler hinaus will. Aus den Ausführungen des Herrn Abg. Giesler könnte wohl mancher, der weniger unbefangene ist als ich, den Schluß ziehen wollen, daß der Herr Minister sich sozusagen als politischer Anhänger des Revisionsismus bekannt habe und insofern einer Förderung der Sozialdemokratie schuldig sei. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es ist klar, daß der Herr Minister das, was ihm der Herr Abg. Giesler unterstellt, gar nicht gesagt hat und nicht hat sagen wollen. Der Herr Minister ist, und wir von der nationalliberalen Partei sind selbstverständlich — darüber, glaube ich, wird die Sozialdemokratie selbst nicht im mindesten im Zweifel sein — scharfe politische Gegner der Sozialdemokratie, nicht nur in ihrem extremen Flügel, sondern auch soweit sie sich als Revisionsismus darstellt. (Abg. Kopf: Und das „zarte Pflänzlein“ — Heiterkeit.) Will der Herr Abg. Giesler etwa behaupten, daß, abgesehen von der Sozialdemokratie, in diesem Hohen Hause irgend Jemand das Endziel der Sozialdemokratie billigt oder zu fördern geneigt wäre? Auch ein kühnerer Herr, als der Herr Abg. Giesler von der Zentrumsparthei, würde eine derartige Behauptung nicht aufstellen wollen. Daß wir die Endziele der Sozialdemokratie auf das schärfste bekämpfen, wie in der Vergangenheit, so auch in Gegenwart und Zukunft, das versteht sich für uns von selbst.

Wenn also der Herr Abg. Giesler seine Unterscheidung, die er gegenüber dem Herrn Minister vorgetragen hat, mit

großer Emphase glaubte herausheben und das Zentrum als die einzig berufene und wirklich ernste Bekämpferin der Sozialdemokratie hinstellen zu können, so können wir diese Meinung von der Zentrumsparlei dem Urteile dieses Hohen Hauses und der Öffentlichkeit überlassen.

Der Herr Abg. Giesler hat auch sehr kräftige Worte in der Richtung gefunden, daß das Zentrum kraft seiner ureigensten Grundsätze niemals für ein taktisches oder sonstiges Bündnis mit der Sozialdemokratie zu haben sei; und er hat diesen Gedanken in eindringlicher Weise so ausgeführt, daß jedermann, der sonst nichts über das Zentrum weiß, sich sagen mußte: In der Tat, hier ist nun endlich die Partei gefunden, die imstande und ernstlich gewillt ist, der Sozialdemokratie ein für allemal den Garaus zu machen.

Wenn es irgend eine Partei im Deutschen Reiche gibt, die aus einem einheitlichen Geiste herausgewachsen ist, aus dem ultramontanen Geiste im historischen Sinne des Wortes, so ist es das Zentrum. (Sehr richtig!) Wenn irgend eine Partei im Deutschen Reiche keinerlei Berechtigung hat, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß die Politik der Partei in einem andern Bundesstaate sie nicht berühre, so ist es das Zentrum. Es muß nun eigenartig anmuten, wenn der Herr Abg. Giesler in derartiger Entrüstung, mit einer Art „heiliger“ Entrüstung muß man sagen (Heiterkeit; Lachen auf Zentrumseite), von einer Sache spricht, die seine ja so viel zahlreicheren Parteifreunde in Bayern tatsächlich gemacht haben (Abg. Fröhlich: Eine schön heilige Entrüstung! Heiterkeit), die mächtige Zentrumsparlei in Bayern, die ganz ungeniert bei der Reichstagswahl und bei den Landtagswahlen mit der Sozialdemokratie Bündnisse abgeschlossen hat, so zwar, daß die Zentrumsleute in Bayern, übrigens unter der verständnisvollen Zustimmung des badiischen Zentrums und seiner Presse, nicht mit „heiliger“, aber mit politischer Begeisterung es abgelehnt haben, einen Mann wie den Erzbischof von Bamberg in ihr wahltaktisches Bündnis mit der Sozialdemokratie hineinreden zu lassen. Und nicht nur das! Der Führer der badiischen Zentrumsparlei hat kraft der Solidarität, die das badiische Zentrum mit dem bayerischen Zentrum verbindet, es für notwendig gehalten, im Hauptblatt der Zentrumsparlei gegen das Vorgehen des Erzbischofs von Bamberg Protest zu erheben.

Man sagt dem Ultramontanismus nach, nach meiner Ueberzeugung mit vollem Recht — Tag für Tag werden dafür neue Belege erbracht, und, wenn ich das sage, bin ich natürlich weit entfernt, irgend einen der Kollegen auf jener Seite des Hauses (zum Zentrum) hierzu persönlich in Beziehung zu bringen —, daß eine seiner Haupteigenschaften die innere Unwahrhaftigkeit ist, und diese Unwahrhaftigkeit führt zu derartigen Widersprüchen, wie wir sie in Masse heute wieder in den Darlegungen des Herrn Abg. Giesler haben konstatieren müssen.

Der Herr Abg. Giesler hat durch seine Ausführungen allerdings provoziert, und ich hatte wahrhaftig nicht die Absicht, noch einmal das Wort zu ergreifen. Wir haben in der allgemeinen Finanzdebatte und auch im Verlauf dieser Debatte schon über diese Dinge in der Tat eingehend gesprochen. Aber ich freue mich jetzt, daß der Herr Abg. Giesler in dieser Weise dem Zentrum Vorbeeren in der Debatte glaubte einbringen zu können. Insbesondere freue ich mich aufrichtig darüber, daß der Herr Abg. Giesler den Waldmichel nicht abgeschüttelt, sondern ihn nun ohne jeden Vorbehalt in seine und aller Zentrumsfreunde Arme eingeschlossen hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ueber unsere Stellung zur Sozialdemokratie habe ich mich heute ja nicht zum erstenmal geäußert. Gätte ich auf

die Ausführungen des Herrn Abg. Giesler nicht erwidert, so wäre in den nächsten Tagen in der Zentrums- presse zweifellos wieder die Behauptung zu finden gewesen, wir hätten nicht den Mut gehabt, etwas zu erwidern, oder man habe sich „gedrückt“. Derartiges ist man bei der Zentrums- presse gewöhnt, die immer den Einzelnen persönlich vornimmt. Auch dem Herrn Abg. Obkircher ist dieser Tage wieder dergleichen von der Presse für Wahrheit, Freiheit und Recht widerfahren. Der Herr Abg. Obkircher hat vollkommen zutreffend auf eine mißverständliche Aeußerung des Herrn Ministers im Verlauf dieser Debatte hingewiesen, der Herr Minister hat wenigstens nach dem Amtlichen Bericht, ausgesprochen, er sei der Meinung, daß ein Verwaltungsbeamter einer bestimmten politischen Partei nicht angehören solle. Ich habe mir sofort gesagt und dies aus dem Zusammenhang entnommen, daß die Aeußerung nicht wohl den Sinn haben könne, daß ein Verwaltungsbeamter nach der Meinung der Regierung nicht das Recht haben soll, einer bestimmten Partei anzuhören und diese seine politische Ueberzeugung auch in den dem Beamten zukommenden Grenzen zu betätigen. Aber tatsächlich war die Aeußerung des Herrn Ministers mißverständlich, und der Herr Abg. Obkircher hat mit vollem Rechte auf die Sache hingewiesen. Der Herr Minister hat darauf eine, wie ich glaube, durchaus einwandfreie Erklärung zur Nichtigstellung dieses Mißverständnisses abgegeben.

Was tut die Zentrums- presse einem solchen Sachverhalt gegenüber? Sie sucht den Abg. Obkircher in der bekannten Manier moralisch herunterzuziehen, indem sie ihn den Mann der Mißverständnisse nennt und dergleichen. Ich konstatiere, daß das ein durchaus unwarhaftes und sehr Veranlassung genommen hat, den Wortlaut seiner Rede im Sinne der Ausführungen des Herrn Abg. Obkircher richtig zu stellen. Öffentlich nimmt die Zentrums- presse, wenn sie nicht noch ein schärferes Urteil für sich glaubt provozieren zu sollen, von dieser Nichtigstellung des Herrn Ministers auch in gebührender Weise Kenntnis.

Meinen früheren Ausführungen über unsere letzte Wahl- taktik habe ich nichts beizufügen. Das Zentrum ruft unsern lieben Herrgott an, alle heiligen Pflichten der Religion — in Baden paßt ihm das gerade —, weil wir mit der Sozialdemokratie 1905 das wahltaktische Bündnis abgeschlossen haben. Wir haben gar keinen Grund, etwas zu verschweigen. Daß wir auf Anpassungen der Zentrums- presse, die einen sehr durchsichtigen Zweck haben, nicht überall reagieren, versteht sich von selbst. Wir wissen ja, was das Zentrum damit erreichen will, und den Gefallen tun wir ihm nicht immer. Deshalb reagieren wir nicht, auch wenn Sie (zum Zentrum) dreis-, vier- und zehnmal fragen, was geschehen ist (Abg. Dr. Schöfer: Sie haben aber reagiert!). Ja, wir geben davon Kenntnis in dem Augenblick, wo wir das für zweckmäßig halten.

Die Erstkommunion in Schopfheim-Schöndau, deren Ergebnis wir heute sanktioniert haben, ist wieder angeführt worden. Wir haben bezüglich dieser Erstkommunion gegenüber den Herren von der Sozialdemokratie, die uns hier angesprochen haben — das geschieht nicht heimlich in der Sakristei (Heiterkeit) wie bei Ihnen —, uns dahin geäußert, daß nach unserer Meinung zu Verhandlungen mit der Sozialdemokratie wegen dieser Wahl ein Anlaß nicht vorliege. Wir lehnten es also ab, Verhandlungen hierüber zu pflegen, allerdings auch davon ausgehend, daß die Sozialdemokratie selbst mit sich zu Räte gehen werde, was sie vor ihrer politischen Pflicht verantworten konnte. Wir haben, offen gestanden, als nahezu selbstverständlich angenommen, daß die Sozialdemokraten für

einen Kandidaten Oswald nicht eintreten werden. Was unsere künftige Wahltaktik anbelangt, so haben wir uns in dieser Beziehung bereits in durchaus unmißverständlicher Weise geäußert.

Wir haben erklärt, daß wir uns die Freiheit unserer Entschliebung für die Zukunft vorbehalten. Wir haben keinen Grund, unsere Taktik festzulegen, wir haben keinen Grund, in dieser Beziehung nach irgend einer Seite Zugeständnisse zu machen. Auch der Großh. Regierung gegenüber wahren wir uns die Freiheit der Entschliebung nach Maßgabe der Interessen des Landes, wie wir sie pflichtgemäß vertreten zu müssen glauben.

Abgesehen hiervon kann ich im übrigen über den Gang der Generaldebatte, auch was die Erklärungen des Herrn Ministers des Innern betrifft, nur meine Befriedigung aussprechen, insbesondere scheint mir die Stellung, die der Herr Minister dem Zentrum und seinen Aspirationen gegenüber eingenommen hat, durchaus korrekt zu sein. (Abg. Neuhäus: Auch gegenüber den Sozialdemokraten?) Auch hier hat das Zentrum im Verlauf der Debatte wieder verschiedene Wandlungen gezeigt (Widerspruch im Zentrum), zuerst scharfe Angriffe, dann freundliches Zuhören, dann Versuch, den Minister „aufs Eis zu führen“, wie der Herr Minister sich ausgedrückt hat. Nachdem der Herr Minister diesen Verlockungen in seiner freimütigen und gewiß uns allen sympathischen Weise die gebührende Antwort hat zuteil werden lassen, hat man alsbald auf Zentrumsseite wieder andere Töne gefunden und ist nun, — ich erblicke in dem, was der Herr Abg. Gießler vorgebracht hat, „die Krone der Debatte“ —, selbst dazu übergegangen, dem Herrn Minister ins Gesicht zu sagen, daß das Zentrum in viel weitergehendem Maße staatsverfallend sei als der Herr Minister selber. (Heiterkeit, Beifall bei den Liberalen).

Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Frhr. von und zu Bodman: Nachdem ich soeben im Hause vom Herrn Abg. Binz bestätigt bekommen habe, was mir sonst schon mitgeteilt worden war, daß dem Herrn Abg. Obkircher sein Mißverständnis mir gegenüber zum Vorwurf gemacht werde, glaube ich dem Herrn Abg. Obkircher eine Richtigstellung schuldig zu sein. Ich habe vorgestern das Stenogramm meiner früheren Rede nicht zur Hand gehabt und war der Meinung, daß ich nicht gesagt habe, der Verwaltungsbeamte solle nicht einer bestimmten politischen Partei angehören. Ich habe nunmehr das Stenogramm gesehen und habe mich überzeugt, daß ich es in der Tat gesagt habe. Aber ich glaube, ich habe doch durch den Ton zu erkennen gegeben, wie ich das gemeint habe. Ich werde doch wohl gesagt haben, der Verwaltungsbeamte soll nicht einer bestimmten politischen Partei angehören. Ich hätte mich wohl richtiger ausgedrückt, wenn ich gesagt hätte, der Verwaltungsbeamte muß nicht einer bestimmten politischen Partei angehören, es wird das nicht von ihm verlangt. Das habe ich jedenfalls sagen wollen, und so war auch meine Richtigstellung von vorgestern gemeint. Ich gebe zu, wenn ich das im Ton nicht hervorgehoben habe, so lag das Mißverständnis für Herrn Abg. Obkircher nahe.

Es hat sodann der Herr Abg. Gießler in Wiederholung von etwas, was der Herr Abg. Breitner schon gesagt hat, aber unter Auspruch eines Tadelns gegen mich, die Äußerung nochmals besprochen, die ich über die Zulassung eines Regierungsassessors gemacht habe. Er hat gesagt, es sei nicht angemessen gewesen, daß ich die dargelegte Frage an den Regierungsassessor gestellt habe, und er hat gesagt, daß Sie (zum Zentrum) alle auf demselben Boden stehen wie der „Waldmichel“.

Wenn ich vom „Waldmichel“ gesprochen habe, so habe ich nicht den Herrn Abg. Schofer damit bezeichnet (ihn würde ich nicht mit diesem Wort bezeichnen, sondern mit dem ihm zukommenden Namen), sondern ich habe an die Broschüre „Der Waldmichel“ gedacht. Ich habe diese damals gelesen, als sie erschienen war, ich habe sie jetzt nicht wiedergelesen. Ich habe sie aber in Erinnerung als eine Broschüre, die die Maßnahmen der Regierung einschließlich ihrer höchsten Spitze in dem Kirchenstreit oder in der Zeit des Kulturkampfes in einem Geiste darstellt, wie wenn die Regierung der katholischen Kirche bewußtes Unrecht getan habe und habe tun wollen. Es wird der Regierung geradezu böser Wille zum Vorwurf gemacht. Es kommt auch der Ausdruck „Wortbruch“ darin vor. Ich war und bin der Ansicht, daß jemand, der die Maßnahmen der Regierung in jenen Jahren in diesem Geiste ansieht, der Regierung nicht mit aufrichtiger Freude dienen kann, der Regierung, deren Männer im wesentlichen derselben politischen Richtung angehören wie die Männer, die damals an der Regierung gestanden haben. Jene Männer hatten ihre Ansicht über die Rechte des Staates gegenüber der Kirche; die Kirche hatte ihrerseits wieder eine andere Ansicht, und diese Ansichten wurden im Kampfe von beiden Seiten verfochten. Sie fanden auf Seiten der Regierung die Zustimmung der Stände und ihren Ausdruck in der Gesetzgebung. Ob die Regierung immer richtig vorgegangen ist, das steht hier nicht zur Erörterung. Jedenfalls war aber der redliche Wille, das Gute und das Rechte zu tun, auch auf Seiten der Regierung vorhanden. Und wenn nun eine Broschüre der Regierung diesen redlichen Willen abspricht, dann, glaube ich, ist ein Mann, der auf dem Boden dieser Broschüre steht, nicht geeignet, dieser Regierung in der Verwaltung, wo er ihren Standpunkt vertreten muß und wo er überzeugt sein muß, daß er redlich denkende Männer über sich hat, zu dienen. Wenn die Herren (zum Zentrum) sagen, sie stehen alle auf dem vom Abg. Gießler gekennzeichneten Standpunkt, dann müßte ich daraus den Schluß ziehen, daß von Ihnen keiner Regierungsassessor werden kann (Heiterkeit). Allein das ist nur eine akademische Frage. Sie alle kommen ja hier nicht in Betracht.

Hierauf wird abgebrochen.

Zu persönlichen Bemerkungen erhalten das Wort

Abg. Geß (Soz.): Der Herr Präsident des Ministeriums des Innern hat in seiner Erwiderung auf meine Ausführungen behauptet, ich hätte gesagt, wenn jetzt ein Krieg ausbräche, so würde derselbe nicht acht Tage währen, es würde schon in dieser Zeit die Arbeiterklasse die Gelegenheit benützen, um im Lande eine Revolution anzuzetteln, die den Kladderadatsch herbeiführen werde. Der Herr Ministerpräsident des Innern irrt sich; ich habe diese Behauptung nicht gemacht, auch dem Sinne nach nicht. Nach dem Stenogramm habe ich ungefähr folgendes gesagt: „Unser wirtschaftlicher Zustand gleiche einem Dalles, der (ich habe die Auffassung Bebel's wiedergegeben) durch einen Kladderadatsch in die äußere Erscheinung tritt, z. B. bei einem Kriegsausbruch. Ein moderner Krieg schädige Sieger und Besiegte, er Sorge überhaupt dafür, daß keine der dabei engagierten Parteien mit heiler Haut davonkomme. Wehe dem, der heutzutage den Finger rührt, um einen Krieg zu entfesseln: Es werden nicht acht Tage vorüber gehen, und der Kladderadatsch wird in den kriegführenden Ländern von einem latenten zu einem akuten Zustand, also zum Ausbruch gelangen.“ Das waren meine Ausführungen. Davon, daß die Ar-

beiterschaft, die ja im Kriege selber mit unter den Gewehren steht, eine Revolution, also einen Umsturz herbeiführen kann, davon habe ich selbstverständlich nicht gesprochen.

Abg. Dr. Schofer (Zentr.): Nur zwei kurze Bemerkungen. Das Wort „Wortbruch“ steht nicht in der Broschüre. Es ist ausdrücklich vermieden worden, die ganze Konfessionsfrage darzulegen, weil sehr viele Dinge hätten gesagt werden müssen, die speziell der Seite da drüben (zu den Nationalliberalen) sehr unangenehm wären. Es hat ein hervorragender Parlamentarier, der nicht unserem Lande angehört, geradezu bedauert, daß die Sache nicht dargestellt worden ist (Abg. Dr. Binz: Sie haben uns geschont! Abg. Dr. Obkircher: Wir fordern keine Rücksichtnahme).

Zweitens: Der redliche Wille im subjektiven Sinn wurde meines Wissens Niemand auf Seiten der Regierung abgesprochen. Daß aber schwere Verletzungen und Kränkungen der katholischen Kirche vorgekommen sind, das wird Niemand in Abrede stellen wollen, und daß die Verantwortung nicht lediglich auf jener Seite (zu den Liberalen) sondern auch an anderer Stelle, besonders auf Seiten der Herren

Minister liegt, das wird nicht in Abrede gestellt werden können.

Schluß der Sitzung 8 Uhr 35 Minuten abends.

* Karlsruhe, 24. Februar. 37. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 25. Februar 1908, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1907 und 1908, Ausgabe Titel I bis VII, IX bis XI, XX und XXI, Einnahme Titel I, II und X — Drucksache Nr. 12 — Bericht erstatter: Abg. Kopp (Fortsetzung), und damit in Verbindung und zwar bei Beratung von Titel IX:

1. Begründung und Beantwortung der Interpellation des Abgg. Hansbach und Gen., betreffend die Warenhaussteuer — Drucksache Nr. 34 —;

2. Beratung des mündlichen Berichts der Budgetkommission über:

- die Petition des gemeinnützigen Vereins Jungbühl Redarsspiele in Mannheim, Errichtung eines Spielplatzes für den Stadtteil Jungbühl betr.;
- die Petition der Gemeinden des Deggenhaufertales zur Gewährung eines Staatsbeitrages zu den Kosten der Sanitorrektoren vom Jahr 1906. Berichterstatter: Abg. Kopp.